



GRENZENLOS

JAHRESBERICHT 2024

BERICHTERSTATTUNG ZU GAZA

Die Nahost-Berichterstattung polarisiert das Publikum und stellt Medienhäuser vor große Herausforderungen.

TRUMP, WEIDEL & DIE PRESSE

Politischer Druck nimmt weltweit zu: In den USA, Österreich und Deutschland greifen rechte Akteure gezielt Medien an.

EXILJOURNALISMUS UNTER DRUCK

Das Exil bietet Medien und ihren Mitarbeitenden Schutz, bedeutet aber auch einen schwierigen Neuanfang.

| REPORTER OHNE GRENZEN: RECHERCHIEREN, ANKLAGEN, UNTERSTÜTZEN |



Das Menschenrecht auf Pressefreiheit verteidigen und die Demokratie stärken!

Reporter ohne Grenzen schreitet ein gegen Bedrohung, Misshandlung oder Inhaftierung von Medienschaffenden. Als gemeinnütziger Verein dokumentieren wir Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit weltweit und alarmieren

die Öffentlichkeit, wenn Medienschaffende in Gefahr sind. Wir setzen uns für mehr Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten ein und kämpfen online wie offline gegen Zensur.

Unterstützen Sie Reporter ohne Grenzen, mit einer Spende oder einer Mitgliedschaft. **Tragen Sie dazu bei, mutigen Journalismus zu stärken!**



Reporter ohne Grenzen e.V.

c/o Publix | Hermannstr. 90 | 12051 Berlin

Fon: 030 609 895 33-0

Fax: 030 202 15 10-29

kontakt@reporter-ohne-grenzen.de

www.reporter-ohne-grenzen.de

Spendenkonto

Reporter ohne Grenzen

IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80

BIC: BEVODEBB

Berliner Volksbank

reporter-ohne-grenzen.de/spenden



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft





US-Präsident Donald Trump attackiert immer wieder Journalistinnen und Journalisten, die kritisch über ihn und seine Regierung berichten. Unliebsame Medien bestraft er durch den Entzug staatlicher Gelder, Gerichtsklagen oder dadurch, dass er ihnen den Zugang zum Weißen Haus erschwert.



Liebe Freundinnen und Freunde von Reporter ohne Grenzen,

unser Jahresbericht für 2024 kommt nicht umhin, auch die dramatischen Ereignisse der ersten Monate 2025 in den Blick zu nehmen. Die Erlasse des neuen US-Präsidenten Donald Trump haben im Laufe weniger Wochen das Regelwerk internationaler Abkommen genauso wie Regierungsstrukturen in den USA weitgehend in Trümmer gelegt. Grundprinzipien der liberalen Demokratien werden von der US-Regierung offen verachtet. Unter Pressefreiheit versteht sie maximale Freiheit für ultra-libertäre Meinungen, Lügen und Halbwahrheiten – aber Repression und finanzielle Drangsalierung für die anderen. In dieses Bild passt auch die offene Unterstützung der AfD im deutschen Wahlkampf.

Demgegenüber hat RSF Forderungen an Parteien und die neue Bundesregierung gestellt, die die Pressefreiheit stärken sollen. Darunter sind wichtige Vorhaben, welche die Ampelkoalition nicht umgesetzt hatte, wie die geplante Förderung des gemeinnützigen Journalismus, mehr Auskunftsrechte und der Schutz von geflüchteten Medienschaffenden vor Repression durch Geheimdienste ihrer Heimatländer.

In diesem Jahresbericht finden Sie darüber hinaus Themen, zu denen RSF aktiv war, wie der Krieg in Gaza, der so viele getötete Medienschaffende gefordert hat wie kein anderer. Bis heute verhindert Israel dort jegliche Arbeit ausländischer Journalistinnen und Journalisten. Auswirkungen hat dieser Krieg auch in Deutschland: Es gab zahlreiche Übergriffe auf Medienschaffende am Rande von Nahost-Kundgebungen, gleichzeitig herrschte in deutschen Medienhäusern ein sehr angespanntes Klima zu diesem Thema.

Für uns als deutsche Sektion von Reporter ohne Grenzen war 2024 ein besonderes Jahr: Wir durften unseren 30. Geburtstag feiern. Gleichzeitig weihten wir im August auch die neuen großartigen Räume der Berliner Geschäftsstelle ein. Gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen arbeitet unser Team jetzt im Publix, dem neuen Haus für Medienvielfalt und gesellschaftlichen Dialog in Neukölln.

Was die Schöpfung-Stiftung mit der Finanzierung von Publix getan hat, das tun Sie, liebe Mitglieder und Spenderinnen, mit Ihrem Beitrag für Reporter ohne Grenzen. Wir sind stolz und dankbar, dass Sie unsere Unabhängigkeit garantieren. Tun Sie das bitte auch weiterhin. Für die Pressefreiheit und für den Schutz all derer, die unter Gefahr und widrigen Umständen unabhängigen Journalismus betreiben.

Im Namen des Vorstands, herzlich, Ihr


Michael Rediske

I INHALT I

Vorwort	3
Wie Trump, Weidel & Co. die Presse angreifen	6
Reporter ohne Grenzen unterstützen	8
Was wir von der neuen Regierung fordern	9
Reporter ohne Grenzen International	10
BND-Gesetz: RSF zieht vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	11
Der Krieg in Gaza: auch für Medienschaffende ein bestimmendes Thema unserer Zeit	12
Lage der Pressefreiheit weltweit	14
Jahresrückblick in Bildern	16
Kurz notiert: Syrien & Afghanistan	18
Aserbaidschan: wo unabhängige Stimmen verstummen	19
15 Jahre Nothilfe	20
Exiljournalismus unter Druck	23
Reporter ohne Grenzen in den Medien	24
Fotos für die Pressefreiheit	25
Jahresabschluss	26
Team und Vorstand	29

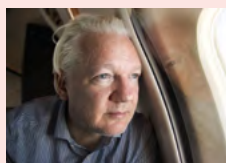


Wie Trump, Weidel & Co. die Presse angreifen – Die Auswirkungen des veränderten politischen Klimas sind weltweit spürbar: US-Präsident Donald Trump greift ihm unliebsame Medien an, in Österreich gerät der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter Druck und in Deutschland werden Medienschaffende durch rechte Parteien herausgefordert. **S. 6**



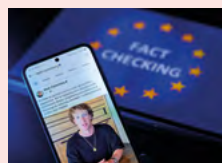
Was wir von der neuen Regierung fordern – In ihrem Koalitionsvertrag bekennt sich die neue Bundesregierung zur Stärkung der Medienvielfalt und zur Umsetzung wichtiger europäischer Regulierungen im Sinne der Pressefreiheit. Auch andere zentrale Reformen dürfen nicht vernachlässigt werden. **S. 9**

I KURZ NOTIERT: ASSANGE IST FREI I



Julian Assange ist nach fünf Jahren Haft im Londoner Hochsicherheitsgefängnis endlich frei. Der Wikileaks-Gründer einigte sich mit der US-Justiz auf einen Deal und bekannte sich schuldig, geheime Dokumente veröffentlicht zu haben. Wir hatten jahrelang für seine Freilassung gekämpft. Doch der Deal hat einen Preis: Das gefährliche US-Spionagegesetz bleibt bestehen und bedroht weiterhin investigative Journalistinnen und Whistleblower. Der Fall Assange zeigt gleichzeitig, wie wichtig öffentlicher Druck und wie fragil die Pressefreiheit ist. Denn gerade in den USA sind jene, die Machtmissbrauch aufdecken, so bedroht wie lange nicht mehr.

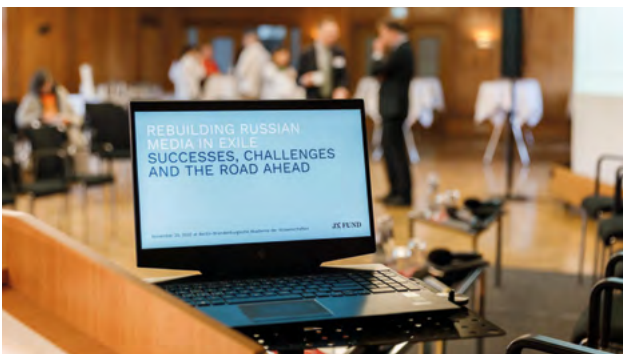
I KURZ NOTIERT: STRESSTEST FÜR DEN DSA I



Kritische Medien werden täglich auf Plattformen wie YouTube oder Facebook angegriffen. Der Digital Services Act (DSA) der EU soll Grundrechte wie die Pressefreiheit schützen. Anfang 2025 beendete Meta-Chef Zuckerberg die Zusammenarbeit mit Faktencheckern – zunächst in den USA. Er knüpft damit an die rechtspopulistische Ideologie von Trump an, die mit Menschenrechten nichts zu tun hat. Das Ziel ist weniger Regulierung und Konsequenzen für Plattformbetreiber – zum Nachteil der freien Medien und Gesellschaft. Zuckerberg will dafür Druck auf die EU ausüben. Die Kommission muss nun zeigen, wie ernst sie ihre Aufsicht nimmt. Mit dem DSA kann sie Sanktionen verhängen, um demokratische Standards durchzusetzen. Offen bleibt, ob die EU angesichts geopolitischer Spannungen und Trumps Zollkrieg den Willen aufbringt, diese Mittel konsequent zu nutzen.

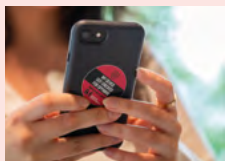


Der Krieg in Gaza: Auch für Medienschaffende ein bestimmendes Thema unserer Zeit – Knapp 200 getötete Medienschaffende in Gaza: eine Zahl, die fassungslos macht. Doch noch immer fehlt es an internationalem Schutz für Journalistinnen und Journalisten in diesem Krieg. Auch hierzulande ist die Erschütterung zu spüren: Die Nahost-Berichterstattung fordert Redaktionen und polarisiert das Publikum. **S. 12**



Wie Medien im Exil weiterarbeiten können – Nach dem Gang ins Exil kämpfen Redaktionen unter anderem mit finanziellen und strukturellen Schwierigkeiten. Ihnen hilft seit drei Jahren der von uns mitgegründete JX Fund. **S. 23**

I KURZ NOTIERT: DIGITALE SPURENSUCHE I



Seit 2022 schützt unser Digital Security Lab (DSL) Journalistinnen und Journalisten vor digitaler Überwachung. Nach den Enthüllungen zu Pegasus und den

Predator Files rückten die Gefahren durch Staatstrojaner und ihre Bedrohung für den Quellenschutz verstärkt in den Fokus. Das DSL beobachtet nicht nur den undurchsichtigen Markt dieser invasiven Technologien, sondern bietet Medienschaffenden weltweit die Möglichkeit, ihre Mobilgeräte auf Spuren von Überwachung prüfen zu lassen. Im Januar 2024 deckte unser Team etwa den Einsatz von Pegasus auf den Handys zweier Journalisten aus Togo auf. In enger Zusammenarbeit mit den weltweiten RSF-Büros und lokalen Partnern bleibt das DSL wachsam – und bietet Medienschaffenden forensische Unterstützung, um ihre Arbeit sicherer zu machen.

Neue Doppelspitze



Seit dem vergangenen Jahr hat Reporter ohne Grenzen eine neue Doppelspitze: Neben Dr. Maik Thieme konnten wir im April 2024 Anja Osterhaus als Geschäftsführerin für Politik und Strategie willkommen heißen. Sie trat die Nachfolge von

Christian Mihr an, der die Organisation nach zwölf Jahren verlassen hat, um sich neuen Aufgaben zu widmen.

Maik Thieme ist seit 2019 Teil unseres Teams und war zunächst als Leiter Personal und Verwaltung tätig. Seit Januar 2024 ist er unsere kaufmännische Geschäftsführung. Anja Osterhaus arbeitete zuvor bei internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Transparency International und Oxfam und lebte in Mexiko und Brüssel, bevor sie wieder nach Berlin zurückkam.

Gemeinsam mit der neuen Doppelspitze haben wir bereits Meilensteine gefeiert, darunter unser 30-jähriges Bestehen und den Einzug in unser neues Büro im Publix-Haus für Journalismus und Öffentlichkeit. 2024 haben wir 112 Medienschaffende unterstützt, unter anderem durch unsere Stipendienprogramme. Und wir konnten unsere politischen Forderungen in die Politik tragen.

Wir freuen uns auf viele weitere gemeinsame Jahre im Einsatz für die Pressefreiheit!

Bienvenue, Thibaut Bruttin!



Auch RSF International hat im vergangenen Jahr eine neue Spitze bekommen: Nach dem plötzlichen und schmerzlichen Verlust von Christophe Deloire, der die Organisation über viele Jahre hinweg geprägt hatte, wurde Thibaut Bruttin im Juli 2024 zum neuen Generalsekretär ernannt.

Thibaut Bruttin ist bereits seit 2014 Teil der Organisation und war zuletzt stellvertretender Direktor. In dieser Funktion war er unter anderem am Aufbau der RSF-Pressefreiheitszentren in der Ukraine und an der Evakuierung afghanischer Medienschaffender beteiligt.

Und auch 2025 steht ein Meilenstein an: Die internationale Sektion von Reporter ohne Grenzen in Paris wird 40 Jahre alt!



Die ersten Monate von US-Präsident Trumps zweiter Amtszeit waren geprägt von Angriffen auf die Presse. Unter anderem ordnete er per Dekret massive Kürzungen bei der Bundesbehörde USAGM an, die für die US-Auslandssender zuständig ist.

WIE TRUMP, WEIDEL & CO. DIE PRESSE ANGREIFEN

Die Auswirkungen des veränderten politischen Klimas sind weltweit spürbar: US-Präsident Donald Trump greift ihm unliebsame Medien an, in Österreich gerät der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter Druck und in Deutschland werden Medienschaffende durch rechte Parteien herausgefordert.

US-Präsident Donald Trumps Angriffe auf Medien, die kritisch über ihn berichten, sind nicht neu. Journalistinnen und Journalisten sieht er schon lange als „Feinde des Volkes“. In seiner zweiten Amtszeit geht er nun noch gezielter gegen unabhängige Medien und kritische Berichterstattung vor. Die Angriffe folgen dabei einer erkennbaren Strategie: Unliebsame Medien sollen gezielt eingeschüchtert, delegitimiert – im besten Fall sogar zerschlagen werden.

Ein bevorzugtes Mittel ist, ihnen den Geldhahn abzdrehen: Per Dekret ordnete Trump an, die staatlichen Gelder der

Rundfunksender *National Public Radio (NPR)* und *Public Broadcasting Service (PBS)* zu streichen. Trump und seine Anhänger werfen *NPR* und *PBS* vor, parteiisch und voreingenommen zu sein. Die Kürzung der Mittel wäre fatal: Hunderte lokale Sender wären betroffen – vor allem in ländlichen Gebieten, wo die Menschen auf die Nachrichten des öffentlichen Rundfunks angewiesen sind, auch zur Warnung vor Risiken wie Bränden oder Überflutungen.

Auch die Finanzierung für staatliche US-Auslandssender wie *Voice of America (VOA)* und *Radio Free Europe/Radio Liberty* ließ die Regierung radikal kürzen. Hunderte Mit-

arbeitende wurden entlassen oder beurlaubt. Zusammen mit den Angestellten von VOA haben wir dagegen geklagt – eine endgültige Entscheidung steht noch aus. Mit der Abwicklung der US-Entwicklungsbehörde USAID strich die Regierung außerdem Milliardenhilfen für unabhängige Medien, die auf diese Unterstützung dringend angewiesen sind. Zahlreiche Medienorganisationen weltweit mussten ihre Arbeit reduzieren oder einstellen.

Die USA sind kein Einzelfall: In Österreich wurde die rechts-populistische FPÖ bei den Parlamentswahlen Ende September 2024 mit 28 Prozent die stimmenstärkste Partei – so bestand kurz die Möglichkeit, dass FPÖ-Chef Herbert Kickl zum Kanzler ernannt wird. Aussagen von Kickl zeigten, dass er als Regierungschef versuchen würde, kritische Medien einzuschränken, etwa durch den Entzug staatlicher Presseförderung und öffentlicher Inserate. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ORF sollte nach Kickls Vorstellungen stärker auf Regierungslinie gebracht werden. Zudem übte die FPÖ Druck auf das größte Medienhaus Österreichs aus, indem sie mit Budgetkürzungen drohte. Die Tageszeitung *Der Standard* stand

sogar offen auf der Abschlusliste: FPÖ-Vertreter drohten der Zeitung mit einem Aus innerhalb der nächsten fünf Jahre.

Obwohl Deutschland mit dem 11. Platz auf der Rangliste der Pressefreiheit vergleichsweise gut abschneidet, gibt es auch hier große Herausforderungen. Die Zahl der von RSF erfassten Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten hat sich 2024 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Und spätestens seit der Corona-Pandemie gehört Hassrede für viele Medienschaffende zum Alltag. Besonders Reporterinnen und migrantisierte Personen sind von Hetze im Netz betroffen.

Auch die Rhetorik der AfD zeichnet sich durch ihre Pressefeindlichkeit aus: Alice Weidel wirft Medien pauschal vor, ihre Partei mit „linken Schmutzkampagnen“ zu überziehen. Immer wieder versucht die AfD, Medien von ihren Parteitag auszuschließen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird als „zwangsfinanziert“ und „undemokratisch“ diffamiert. Björn Höcke kündigte im Thüringer Wahlkampf an, im Fall einer Regierungsbeteiligung den Rundfunkstaatsvertrag zu kündigen.

Auf diese Entwicklungen haben wir vor der Bundestagswahl mit einem Kinospot hingewiesen und die Menschen zum Wählen aufgefordert. Der Spot wurde in fast 250 Kinos bundesweit ausgestrahlt.



Alice Weidel und Tino Chrupalla (links), Fraktionsvorsitzende der AfD, zusammen mit Björn Höcke, AfD-Vorsitzender in Thüringen (rechts), bei der Wahlparty der Partei im Februar 2025. Die AfD übt unter anderem heftige Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Ein AfD-Politiker aus Niedersachsen greift einem Reporter in die Kamera.



SPENDEN FÜR DIE PRESSEFREIHEIT

Spenden Sie jetzt, damit unsere Arbeit noch stärker wirken kann.

Verteidigen Sie das Menschenrecht auf Pressefreiheit!

Unterstützen Sie uns langfristig. Werden Sie RSF-Mitglied:

reporter-ohne-grenzen.de/mitgliedschaft

Mit Ihrer Spende oder Mitgliedschaft ermöglichen Sie uns,

- Reporterinnen und Blogger in ihren Heimatländern und im Exil zu begleiten.
- Journalistinnen und Journalisten bei der beruflichen Reintegration oder durch Aufbauhilfe bei gemeinsamen Projekten zu unterstützen.
- Medienschaffenden Zugang zu Internet und Telefon für die Arbeit in ihrem Land zu ermöglichen.
- Medien zu fördern, die wegen Zensur oder Verbot in ihrer Existenz bedroht sind und diese auch im Exil zu unterstützen.
- inhaftierte Medienschaffende durch Prozessbeobachtung und anwaltliche Vertretung zu unterstützen.
- gegen restriktive Mediengesetze zu klagen und gegen den Einsatz sowie den Export von Überwachungstechnik vorzugehen.
- Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit weltweit zu dokumentieren und die Öffentlichkeit zu informieren.

Spendenkonto

Reporter ohne Grenzen e.V.

IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80

BIC: BEVODEBB

Berliner Volksbank

Sie können einzeln, gemeinsam, beschenkend, als Unternehmen, Verein oder Förderer spenden. Wir beraten Sie gerne. Schreiben Sie uns:

service@reporter-ohne-grenzen.de



reporter-ohne-grenzen.de/spenden

IHRE SPENDENAKTION FÜR DIE PRESSEFREIHEIT

Wir freuen uns, wenn Sie sich mit einer eigenen Spendenaktion für die Pressefreiheit einsetzen. Jeder Anlass ist perfekt: Ob Geburtstage, Betriebsfeiern, Weihnachten oder die eigene Hochzeit, Sportevents wie Läufe, Radtouren, Fußballspiele oder Kanutouren – mit ein wenig Kreativität können Sie Ihre Aktivitäten zu einer Aktion für die Pressefreiheit machen!

Schreiben Sie uns, wir unterstützen Sie dabei: info@reporter-ohne-grenzen.de



Laufen für die Pressefreiheit: RSF ist jährlich beim Berliner Halbmarathon mit einem Team vertreten. Im letzten Jahr wurden so über 15.000 Euro Spenden gesammelt. Laufen Sie mit!



Die freie Journalistin Stella Männer berichtet normalerweise aus dem Libanon. Im Mai durchquerte sie auf dem Fahrrad Jordanien und sammelte so fast 17.000 Euro für Reporter ohne Grenzen.



Wussten Sie, dass Sie Reporter ohne Grenzen **mit Ihrer Zustiftung oder Ihrem Vermächtnis wirksam unterstützen** können? Bestellen Sie unsere Broschüre mit mehr Informationen.

Wir beraten Sie gerne.

**Schreiben Sie uns: service@reporter-ohne-grenzen.de
www.reporter-ohne-grenzen.de/vererben**

WAS WIR VON DER NEUEN REGIERUNG FORDERN

In ihrem Koalitionsvertrag bekennt sich die neue Bundesregierung zur Stärkung der Medienvielfalt und zur Umsetzung wichtiger europäischer Regulierungen im Sinne der Pressefreiheit. Doch andere zentrale Reformen dürfen nicht vernachlässigt werden.



Die neue Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD muss Journalismus stärken.

Auch in Deutschland steht die freie Presse unter Druck: Auf der Straße kommt es immer wieder zu Übergriffen auf Medienschaffende, Hetze im Netz soll kritische Stimmen einschüchtern. Wirtschaftliche Herausforderungen bedrohen besonders Lokalmedien. Es braucht eine bessere Regulierung der digitalen Plattformen, Schutz vor Überwachung und Quellschutz. Von der neuen Regierung fordern wir:

MEDIENSCHAFFENDE BESSER SCHÜTZEN, AUCH IM DIGITALEN RAUM

Besonders bei öffentlichen Veranstaltungen und Demonstrationen müssen Medienschaffende vor Übergriffen geschützt werden. Es ist notwendig, Polizei, Strafverfolgungsbehörden und Justiz besser zu schulen. Es braucht zudem einen effektiven digitalen Schutz aller Medienschaffenden und ihrer Kommunikation. Redaktionsgeheimnis und Quellschutz müssen besser berücksichtigt werden. Die Kontrolle der Nachrichtendienste sollte effizienter erfolgen und illegaler Überwachung entgegengewirkt werden.

JOURNALISMUS STÄRKEN – FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN DESINFORMATION

Digitale Plattformen müssen ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten verbindlich gerecht werden, besonders bei der Löschung von Inhalten, dem Umgang mit Desinformation und der Strukturierung von Newsfeeds. Inhalte, die sich an professionelle journalistische Standards wie an den internationalen Standard JTI (Journalism Trust Initiative) halten, sollten in Rankings und Empfehlungsalgorithmen bevorzugt werden.

Journalismus sollte durch die gesetzliche Anerkennung und steuerliche Begünstigung von gemeinnützigem Journalismus strukturell gestärkt werden. Das Informationsfreiheitsgesetz muss zu einem bundesweiten Transparenzgesetz weiterentwickelt werden. Bessere Auskunftsrechte für Journalistinnen und Journalisten fördern politische Transparenz und die Kontrollfunktion der Presse.

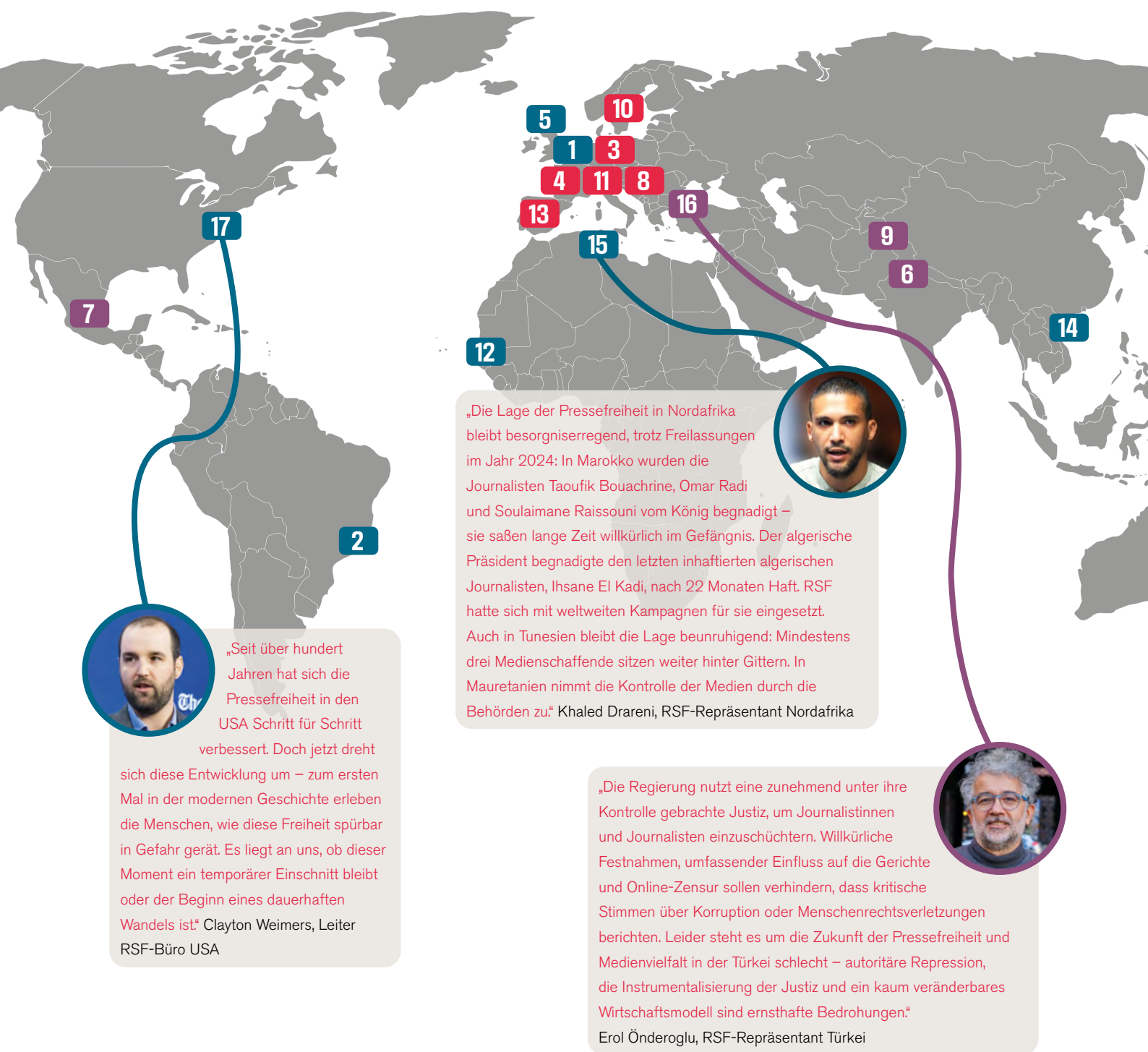
Die neue Bundesregierung muss die Vorgaben des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes (EMFA) konsequent umsetzen und bei der Umsetzung der Anti-SLAPP-Richtlinie sicherstellen, dass Medienschaffende effektiv vor Verleumdungsklagen geschützt werden und Zugang zu Beratungsangeboten haben.

MEDIENSCHAFFENDEN EXIL GEWÄHREN UND SIE EFFEKTIV SCHÜTZEN

Journalistinnen und Reportern, die aufgrund ihrer kritischen Arbeit vor Verfolgung fliehen, sollte der Aufenthalt in Deutschland unbürokratisch ermöglicht werden. Die neue Regierung muss die nötigen Voraussetzungen durch humanitäre Einreisemöglichkeiten, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse schaffen. Damit sie ihre wichtige Arbeit im Exil fortführen können, braucht es finanzielle Unterstützung von Exilmedien, aber auch Schutz vor Überwachung, Einschüchterungen und Bedrohungen durch ihre autoritären Herkunftsstaaten (Transnationale Repression).

„Wir appellieren an die neue Regierung, das Grundrecht der Pressefreiheit zu stärken. Medienschaffende müssen besser vor Angriffen geschützt werden – sei es auf der Straße oder im Netz. Die Regierung sollte digitale Plattformen dazu bringen, konsequent gegen Desinformation vorzugehen. Journalismus sollte außerdem strukturell gefördert und die Auskunftsrechte für Journalistinnen und Journalisten verbessert werden.“ Anja Osterhaus, RSF-Geschäftsführerin





„Seit über hundert Jahren hat sich die Pressefreiheit in den USA Schritt für Schritt verbessert. Doch jetzt dreht sich diese Entwicklung um – zum ersten Mal in der modernen Geschichte erleben die Menschen, wie diese Freiheit spürbar in Gefahr gerät. Es liegt an uns, ob dieser Moment ein temporärer Einschnitt bleibt oder der Beginn eines dauerhaften Wandels ist.“ Clayton Weimers, Leiter RSF-Büro USA



„Die Lage der Pressefreiheit in Nordafrika bleibt besorgniserregend, trotz Freilassungen im Jahr 2024: In Marokko wurden die Journalisten Taoufik Bouachrine, Omar Radi und Soulaïmane Raïssouni vom König begnadigt – sie saßen lange Zeit willkürlich im Gefängnis. Der algerische Präsident begnadigte den letzten inhaftierten algerischen Journalisten, Ihsane El Kadi, nach 22 Monaten Haft. RSF hatte sich mit weltweiten Kampagnen für sie eingesetzt. Auch in Tunesien bleibt die Lage beunruhigend: Mindestens drei Medienschaffende sitzen weiter hinter Gittern. In Mauretanien nimmt die Kontrolle der Medien durch die Behörden zu.“ Khaled Drareni, RSF-Repräsentant Nordafrika



„Die Regierung nutzt eine zunehmend unter ihre Kontrolle gebrachte Justiz, um Journalistinnen und Journalisten einzuschüchtern. Willkürliche Festnahmen, umfassender Einfluss auf die Gerichte und Online-Zensur sollen verhindern, dass kritische Stimmen über Korruption oder Menschenrechtsverletzungen berichten. Leider steht es um die Zukunft der Pressefreiheit und Medienvielfalt in der Türkei schlecht – autoritäre Repression, die Instrumentalisierung der Justiz und ein kaum veränderbares Wirtschaftsmodell sind ernsthafte Bedrohungen.“ Erol Önderoglu, RSF-Repräsentant Türkei

Übersicht der Sektionen, Büros und Repräsentanzen weltweit

(Stand: Juni 2025)

- | | | | |
|---|--|----|------------------------------------|
| 1 | Belgien: Büro Brüssel | 9 | Pakistan: Repräsentant Islamabad |
| 2 | Brasilien: Büro Rio de Janeiro | 10 | Schweden: Sektion Stockholm |
| 3 | Deutschland: Sektion Berlin | 11 | Schweiz: Sektion Genf/Zürich |
| 4 | Frankreich: Internationales Sekretariat und französische Sektion Paris | 12 | Senegal: Büro Dakar |
| 5 | Großbritannien: Büro London | 13 | Spanien: Sektion Madrid |
| 6 | Indien: Repräsentantin New Delhi | 14 | Taiwan: Büro Taipeh |
| 7 | Mexiko: Repräsentantin Mexiko-Stadt | 15 | Tunesien: Büro Tunis |
| 8 | Österreich: Sektion Wien | 16 | Türkei: Repräsentant Istanbul |
| | | 17 | USA: Büro Washington, D. C. |

Zusätzlich arbeiten rund 130 Korrespondentinnen und Korrespondenten von Reporter ohne Grenzen in vielen Ländern der Welt.

BND-GESETZ: RSF ZIEHT VOR DEN EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Seit zehn Jahren geht Reporter ohne Grenzen juristisch gegen problematische Überwachungsmethoden des Bundesnachrichtendienstes vor. Und wir kämpfen weiter dafür, den Schutz für Medienschaffende zu verbessern.



Gemeinsame Beschwerde gegen das BND-Gesetz am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR).

Es ist der vorläufige Höhepunkt eines langen juristischen Tauziehens: Im März 2025 sind wir vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg gezogen, gemeinsam mit mehreren Investigativjournalistinnen und -journalisten, Reporters sans frontières in Paris und der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF). Unsere Beschwerde richtet sich gegen die fragwürdigen Überwachungsmethoden, die der Bundesnachrichtendienst (BND), der deutsche Auslandsgeheimdienst, nutzt. Wir sind der Auffassung, dass das BND-Gesetz internationalen Vorgaben der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zum Schutz der Presse- und Informationsfreiheit nicht ausreichend gerecht wird.

Seit vielen Jahren kämpfen wir für ein BND-Gesetz, das das Grundrecht auf Pressefreiheit umfassend achtet: Bereits im Jahr 2020 hatten wir gemeinsam mit der GFF ein aufsehenerregendes Urteil vor dem Bundesverfassungsgericht erstritten. Das Gericht entschied damals, dass sich deutsche Behörden auch dann an das Grundgesetz halten müssen, wenn sie im Ausland tätig werden. Daraufhin musste das BND-Gesetz grundlegend überarbeitet werden.

Doch auch diese Reform genügt aus unserer Sicht den Vorgaben aus Karlsruhe nicht. Denn selbst das 2020 reformierte BND-Gesetz ermöglicht es weiterhin, Journalistinnen und Journalisten umfassend zu überwachen, vor allem im Ausland. Die Überwachungsmaßnahmen können weit über die Anforderungen der EGMR-Rechtsprechung hinausgehen. Nach dem EGMR muss die nachrichtendienstliche Aufklärung präzise bestimmbare Ziele haben und darf nur für bestimmte Zwecke genutzt werden. Vertraulichkeitsbeziehungen zwischen Medienschaffenden und ihren Quellen verlangen einen besonderen Schutz. Die erlangten Informationen darf ein Nachrichtendienst nur für konkrete Anlässe und eine begrenzte Zeit speichern. Wer vermutet, überwacht worden zu sein, muss eine effektive Möglichkeit haben, eine unabhängige Überprüfung zu verlangen.

Das BND-Gesetz wird dem aber nicht gerecht. Aus diesem Grund hatten wir vor zwei Jahren erneut eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Mit der Beschwerde hatten wir gerügt, dass sich der Bundestag bei der Reform des BND-Gesetzes an mehreren Stellen offen über Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinweggesetzt hatte. Doch zu unserer Überraschung hat das Verfassungsgericht unsere Beschwerde nicht zur Entscheidung angenommen.

Darum haben wir uns jetzt an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewandt. Mit unserer Beschwerde möchten wir ein Grundsatzurteil erwirken, das nicht nur Auswirkungen auf die Rechtslage in Deutschland, sondern auch Strahlkraft in die anderen Mitgliedstaaten des Europarates hätte. In Zeiten, in denen der Journalismus vor großen Herausforderungen steht, erwarten wir, dass Deutschland mit gutem Beispiel vorangeht und sich an die höchsten europäischen Prinzipien hält.

Auch mehrere Medienschaffende ziehen mit uns vor den EGMR, darunter **Meron Estefanos** (Schweden), **Goran Lefkov** (Nordmazedonien), **Dragana Pećo** (Serbien), **Elif Akgül** (Türkei) und **Kerem Schamberger** (Deutschland).



DER KRIEG IN GAZA: AUCH FÜR MEDIENSCHAFFENDE EIN BESTIMMENDES THEMA UNSERER ZEIT

Knapp 200 getötete Medienschaffende in Gaza: eine Zahl, die fassungslos macht. Doch noch immer fehlt es an internationalem Schutz für Journalistinnen und Journalisten in diesem Krieg. Auch hierzulande ist die Erschütterung zu spüren: Die Nahost-Berichterstattung polarisiert das Publikum und stellt auch Medienhäuser vor große Herausforderungen.

Für Medienschaffende ist es der bedrohlichste Ort der Welt. Aus Gaza zu berichten, ist lebensgefährlich. Seit Oktober 2023 sind nach unseren Recherchen insgesamt fast 200 Medienschaffende im Gazastreifen, zehn im Libanon und fünf in Israel getötet worden. 52 von ihnen wurden im Zusammenhang mit ihrer journalistischen Arbeit getötet – 45 in Gaza, fünf im Libanon und zwei in Israel. Diese Getöteten führen wir

gemäß dem Mandat der Organisation im RSF-Barometer der Pressefreiheit (Stand der Zahlen: 20. Juni 2025).

Der Gazastreifen ist abgeriegelt, die israelischen Behörden lassen keine internationalen Medien hinein. Von Anfang an lag die Last der Berichterstattung bei den palästinensischen Journalistinnen und Journalisten. Sie sind unser Fenster nach Gaza. Doch das will die israelische Armee offensichtlich



Kollegen des getöteten Journalisten Hossam Shabat bei dessen Beerdigung am 24. März 2025 in Beit Hanun, Gazastreifen.

Bild Seite 12: Palästinensische Journalistinnen in einem Zelt in Rafah. Wir haben mehrere ähnliche Zelte aufstellen lassen, damit Medienschaffende sich zurückziehen und in Ruhe arbeiten können.

verhindern: Sie hat mehrere von ihnen gezielt getötet. Medienschaffende gehören nach dem Humanitären Völkerrecht zur Zivilbevölkerung. Gezielte Angriffe auf sie sind Kriegsverbrechen.

In insgesamt vier Strafanzeigen haben wir deshalb den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) ersucht, Ermittlungen gegen das israelische Militär und die Hamas aufzunehmen. Der Chefankläger des IStGH hat gegenüber RSF offiziell bestätigt, Verbrechen an Journalistinnen und Journalisten seien Teil seiner Ermittlungen. Für uns ein Hoffnungsschimmer angesichts der Tragödie und der Verbrechen vor Ort.

Wir sind kontinuierlich mit unseren Kolleginnen und Kollegen vor Ort in Kontakt und bemühen uns, die Not der palästinensischen Medienschaffenden in Gaza zu lindern. Gemeinsam mit Partnerorganisationen wie den *Arab Reporters for Investigative Journalism (ARIJ)* haben wir zerstörte Ausrüstung ersetzt, Zelte als Arbeits- und Rückzugsorte aufstellen lassen sowie Decken und Winterkleidung verteilt. In Beirut haben wir mit dem „Press Freedom Centre“ eine Anlaufstelle für Medienschaffende eingerichtet, die über den Krieg berichten wollen. Unsere Solidarität gilt auch allen Journalistinnen und Journalisten, die im Westjordanland und in Israel unabhängig und kritisch berichten und dafür unter Druck geraten.

Schon kurz nach Beginn waren die Schockwellen des Krieges auch in der deutschen Medienlandschaft zu spüren. Journalistinnen und Reporter, die sich mit diesen Entwicklungen auseinandersetzen, waren und sind physischen und verbalen Angriffen ausgesetzt. Zahlreiche in Deutschland tätige Medienschaffende haben uns kontaktiert und von einem stark verengten Meinungskorridor bei der Arbeit berichtet. Wir haben daraufhin mehr als 60 umfangreiche Interviews geführt, mit freien und festangestellten Reporterinnen und Reportern von privaten und öffentlich-rechtlichen Medien sowie Auslandskorrespondentinnen und Lokalreportern.

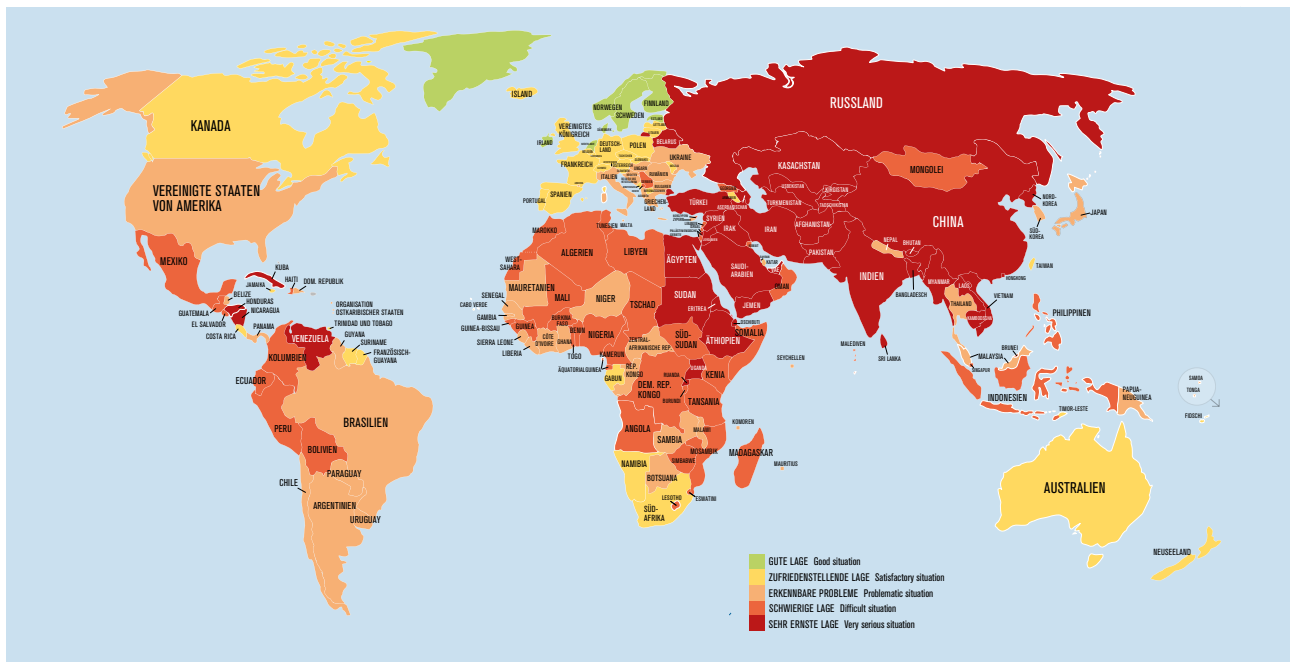
Journalisten sind keine Terroristen

Das israelische Militär hat die gezielten Tötungen mehrerer Journalisten mit dem Vorwurf zu rechtfertigen versucht, sie seien Terroristen gewesen. Wir nehmen solche Vorwürfe durchaus ernst und werten sie zusammen mit uns vorliegenden weiteren Informationen aus. Wir und andere Fachleute haben jedoch begründete Zweifel an der Argumentation der israelischen Streitkräfte, auch weil diese entscheidende Belege zurückhalten. Klar ist: Auch die Hamas lässt keine Pressefreiheit zu und hat Medienschaffende wiederholt gewaltsam attackiert. Im April wurde ein Reporter wegen eines Hamas-kritischen Posts mit dem Tod bedroht.

Das Ergebnis: Vor allem diejenigen Medienschaffenden, welche die israelische Kriegsführung, ihre Menschenrechtsverbrechen an der palästinensischen Bevölkerung oder die Auswirkungen des Nahost-Krieges auf das gesellschaftliche Klima in Deutschland beleuchten wollten, berichten von außergewöhnlichen Belastungen und Druck – von außen wie innerhalb von Redaktionen. Auch Medienschaffende, die über jüdisches Leben in Deutschland berichten, erleben ein angespanntes und feindseliges Arbeitsklima.

Hinzu kommt: Hass, Hetze und gezielte Online-Kampagnen gegen Medienschaffende sind rund um die Nahost-Berichterstattung alltäglich. Viele erleben Einschüchterungsversuche, digitale Gewalt und Diffamierung – eine gravierende mentale Belastung ist die Folge. Reporter ohne Grenzen hat diese und weitere Erkenntnisse in der „Nahaufnahme – RSF-Report zur Lage der Pressefreiheit in Deutschland“ dokumentiert und sie auf verschiedenen Veranstaltungen zum Thema gemacht und diskutiert. Der Bericht hat ein gewaltiges Echo ausgelöst, von tiefer Dankbarkeit bis hin zu heftigen Beschimpfungen. Wir sehen: Die Debatte zu diesem Thema muss weitergeführt werden – intensiv, aber sachlich.

LAGE DER PRESSEFREIHEIT WELTWEIT



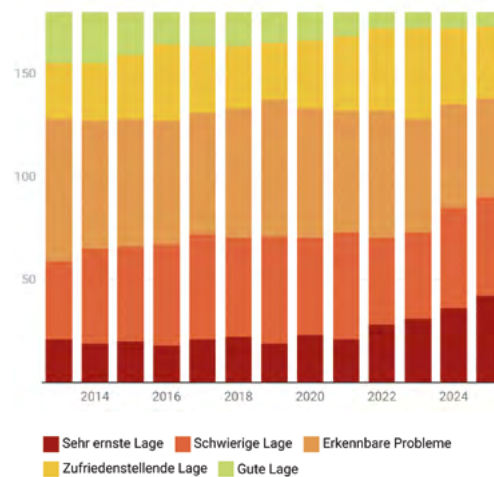
Die weltweite Lage der Pressefreiheit ist so schlecht wie noch nie. Das zeigt unsere Rangliste der Pressefreiheit. In 90 von 180 beobachteten Ländern ist die Situation für Medienschaffende „schwierig“ oder „sehr ernst“. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Staaten, in denen die Pressefreiheit bedroht ist. Dafür sind eine fragile Sicherheitslage, zunehmender Autoritarismus und der ökonomische Druck verantwortlich.

In fast einem Drittel der Länder mussten Redaktionen im vergangenen Jahr aus wirtschaftlichen Gründen schließen. Außerdem mischen sich viele Staaten in die journalistische Arbeit ein.

Zum neunten Mal in Folge steht Norwegen auf Platz 1. Auf Platz 2 landet in diesem Jahr Estland. Ähnlich gut sind die Voraussetzungen für journalistische Berichterstattung in den Ländern **Niederlande** (3) und **Schweden** (4). Die letzten Plätze belegen **China** (178), **Nordkorea** (179) und **Eritrea** (180), wo unabhängiger Journalismus nahezu unmöglich ist.

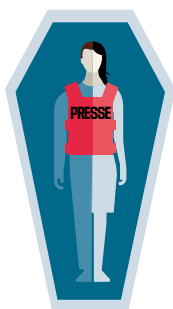
Deutschland belegt Platz 11 – ein Rückschritt um einen Rang. Insgesamt ist die Lage vergleichsweise gut, dennoch gibt es große Herausforderungen: Viele Medienschaffende bewegen sich in einem zunehmend feindlichen Arbeitsumfeld. Erneut waren Journalistinnen und Journalisten gefährdet, die sich mit rechtsextremen Milieus und Parteien wie der AfD beschäftigten. Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Lage vieler Medienhäuser alarmierend.

RSF-Rangliste zeigt: Pressefreiheit weltweit unter Druck



180 Länder, über 120 Fragen, fünf Indikatoren

Die Rangliste der Pressefreiheit vergleicht die Situation für Medienschaffende in 180 Staaten und Territorien. Seit 2022 wird sie mit einer neuen Methode ermittelt, um die Komplexität der Verhältnisse, die die Pressefreiheit weltweit beeinflussen, besser widerzuspiegeln. Die Rangliste stützt sich auf fünf Indikatoren: politischer Kontext, rechtlicher Rahmen, wirtschaftlicher Faktor, soziokulturelles Umfeld und Sicherheit.



54 GETÖTETE MEDIENSCHAFFENDE

BEI DER ARBEIT
ODER IM ZUSAMMENHANG MIT
IHRER JOURNALISTISCHEN TÄTIGKEIT

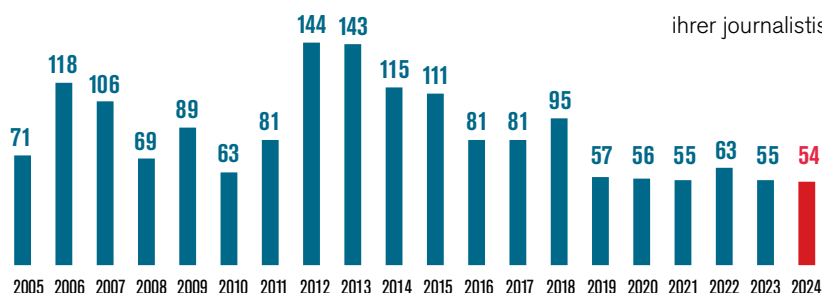
51 PROFESSIONELLE MEDIENSCHAFFENDE
1 BÜRGERJOURNALIST
2 MEDIENMITARBEITENDE

Zahl der getöteten Medienschaffenden bleibt hoch

2024 bleibt die Zahl der im Zusammenhang mit ihrer Arbeit getöteten Journalistinnen und Journalisten auf einem hohen Niveau. Bis zum Stichtag 1. Dezember 2024 kamen 54 Medienschaffende wegen ihrer Arbeit ums Leben. Fast ein Drittel von ihnen wurde in Gaza getötet. Nach dem Nahen Osten ist Asien die Weltregion mit den meisten getöteten Journalistinnen und Journalisten. In Bangladesch kamen fünf Journalisten ums Leben. Sie berichteten über Massendemonstrationen gegen eine Quotenregel für Jobs im öffentlichen Dienst. Seit vielen Jahren zählt außerdem Mexiko zu den gefährlichsten Ländern für Medienschaffende.

Hinweis: Die Zahlen beziehen sich auf Medienschaffende, bei denen wir nachweislich feststellen konnten, dass sie aufgrund ihrer journalistischen Tätigkeit getötet wurden.

Mehr als 1 700 Medienschaffende wurden in den vergangenen 20 Jahren getötet



Mehr inhaftierte Medienschaffende

Zum Stichtag 1. Dezember 2024 saßen etwa 550 Medienschaffende wegen ihrer Arbeit im Gefängnis. Damit ist die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um sieben Prozent gestiegen. Der Anstieg geht vor allem auf zwei Länder zurück: In Russland wurden acht, in Israel 17 weitere Medienschaffende inhaftiert. Die jüngsten politischen Entwicklungen in Syrien sind nicht mehr in die Jahresbilanz eingeflossen. Dort waren Anfang Dezember 23 Medienschaffende in Haft. Fast die Hälfte der weltweit inhaftierten Journalistinnen und Journalisten sitzt in den Gefängnissen von nur vier Ländern: In China einschließlich Hongkong (124), Myanmar (61), Israel (41) und Belarus (40).



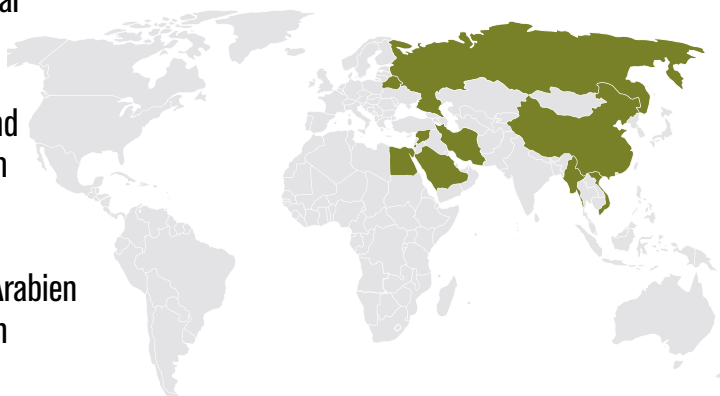
550 INHAFTIERTE MEDIENSCHAFFENDE

↑ +7,2% (Stand am 1. Dezember 2023: 513)

439 PROFESSIONELLE MEDIENSCHAFFENDE (darunter 63 Frauen)
86 BÜRGERJOURNALIST*INNEN (darunter 9 Frauen)
25 MEDIENMITARBEITENDE (darunter 5 Frauen)

Die 10 Länder mit den meisten Inhaftierten

- 124 China (davon 11 in Hongkong)
- 61 Myanmar
- 41 Israel
- 40 Belarus
- 38 Russland
- 38 Vietnam
- 26 Iran
- 23 Syrien
- 19 Saudi-Arabien
- 19 Ägypten



I EIN RÜCKBLICK IN BILDERN I



Die ehemalige RSF-Stipendiatin und kolumbianische Journalistin Ginna Morelo stellte im Publix ihr Projekt „Entre Rios“ vor – ein digitales Museum, das die Geschichten von Betroffenen der Gewalt an der Karibikküste Kolumbiens erzählt.

Gemeinsam mit Mitgliedern sowie Unterstützerinnen und Unterstützern feierten wir im Herbst unser 30-jähriges Bestehen in den neuen Büroräumen in Berlin. Sylvie Ahrens-Urbaneck, Leiterin des Kommunikationsteams, führte unsere Gäste durch eine kleine Sonderausstellung zu 30 Jahren Reporter ohne Grenzen.



Um der ermordeten maltesischen Investigativjournalistin Daphne Caruana Galizia zu gedenken, hielten wir an ihrem siebten Todestag eine Mahnwache vor der Botschaft von Malta in Berlin ab.



Vor der Bundestagswahl starteten wir die Kampagne „Die Warnung“: Mit einem Kinospot, der in rund 250 Kinos bundesweit lief, machten wir auf eine mögliche Einschränkung der Pressefreiheit durch anti-demokratische Kräfte aufmerksam und riefen die Menschen dazu auf, ihre Stimme für die Pressefreiheit zu nutzen. Die Kampagne wurde von der Postcode Lotterie gefördert.



2024 eröffneten wir in Solingen die Fotobuchausstellung „Keine Freiheit ohne Pressefreiheit“.

Im Hauptteil der Ausstellung spiegeln die Werke von sechs internationalen Fotografinnen und Fotografen den Kampf um die Wahrheit in Wort und Bild. Ihre Arbeiten stammen aus verschiedenen Ausgaben unseres Fotobuchs „Fotos für die Pressefreiheit“.

Halbmarathon in Berlin: RSF-Teammitglieder sowie Unterstützerinnen und Unterstützer liefen 21 Kilometer für die Pressefreiheit.



Angesichts der katastrophalen Lage in Gaza und der vielen getöteten Journalistinnen und Reporter fordern wir, palästinensische Medienschaffende zu schützen. In zehn verschiedenen Ländern haben wir Proteste und Aktionen veranstaltet.



Körperliche Attacken gegenüber Medienschaffenden und extreme Hetze im Netz nehmen zu. Deshalb organisierten wir die Veranstaltung „Journalismus unter Druck – Wie stärken und schützen wir die vierte Gewalt?“. Ein von RSF und anderen Organisationen ins Leben gerufener Schutzkodex soll Medienhäuser dabei unterstützen, Journalistinnen und Journalisten besser vor Angriffen zu schützen. Im Juni 2024 trat Correctiv dem Schutzkodex bei. Chefredakteur Justus von Daniels bekam symbolisch eine Schutzweste überreicht.



RSF-Geschäftsführerin Anja Osterhaus (links) und Asien-Expertin Anne Renzenbrink (rechts) trafen Sebastian Lai, Sohn des britischen Verlegers Jimmy Lai, der in Hongkong vor Gericht steht.



Diskussion zum Tag der Pressefreiheit im Maxim Gorki Theater: „Sudan – Pressefreiheit im Krieg“ mit Fotograf Ala Kheir. Er war einer der wenigen Fotojournalisten, die die Geschehnisse im Sudan dokumentierten – bis er selbst ins Ausland fliehen musste.



Katja Gloger, geschäftsführender Vorstand (Mitte), beim Neujahrsempfang 2025 mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seiner Frau Elke Büdenbender.



Gemeinsam mit Amnesty International setzten wir uns für die Freilassung von Julian Assange ein. Am 26. Juni 2024 konnte er endlich in seine australische Heimat zurückkehren.



30 Jahre Reporter ohne Grenzen: Zu unserer großen Feier gab es ein abwechslungsreiches Programm aus Musik, Poetry und Rückblicken auf unseren Einsatz für die Pressefreiheit. Moderiert von Britta Steffenhagen und mit einem Gastbeitrag von dem türkischen Journalisten Can Dündar (erste Reihe links). Zu den Gästen gehörte neben weiteren Prominenten und bekannten Medienschaffenden natürlich auch unser internationaler Generalsekretär, Thibaut Bruttin (rechts neben Can Dündar).

SYRIEN: EINE HISTORISCHE CHANCE

Als Baschar al-Assad im Dezember 2024 gestürzt wurde, fielen sich Syrer und Syrerinnen weltweit in die Arme. Doch die Zukunft bleibt ungewiss – viele Wunden sitzen tief.

Der Krieg ist vorbei, die Assad-Diktatur ist nach über fünf Jahrzehnten Geschichte. Die neue Regierung in Syrien um den Machthaber Ahmed al-Scharaa hat nun die historische Chance, Grundrechte wie die Pressefreiheit verbindlich zu garantieren.



Doch die Wunden sitzen tief: Seit der syrische Diktator Baschar al-Assad die friedlichen Proteste im Jahr 2011 brutal niederschlagen ließ, sind 283 Medienschaffende getötet worden, zuletzt noch wenige Tage vor Assads Sturz. Der *dpa*-Fotograf **Anas Alkharboutli** kam am 4. Dezember bei einem Luftangriff in der Nähe der Stadt Hama ums Leben. **Mustafa al-Kurdi**, Korrespondent des türkischen Senders *TRT* und der Nachrichtenwebsite *Focus Aleppo*, wurde am 30. November in Aleppo von Regierungstruppen erschossen.

Für die meisten Verbrechen sind die syrische und die mit ihr verbündete russische Regierung verantwortlich. Doch nicht nur sie ließen Medienschaffende einsperren, foltern und ermorden, sondern auch die Terroristen des IS und Rebellen wie die HTS. Diese sitzt nun an den Schalthebeln der Macht. Auch sie muss für ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden.

Die Zukunft in Syrien bleibt ungewiss. Die im März verabschiedete vorläufige Verfassung garantiert zwar Grundrechte wie die Pressefreiheit, doch viele Fachleute kritisieren die starke Zentrierung der Macht auf al-Scharaa.

Ende Dezember 2024 in Damaskus: Eine Syrerin freut sich über den Sturz des Diktators. Im Hintergrund sind die siegreichen Rebellen zu sehen.

AFGHANISTAN: BUNDESREGIERUNG LÄSST JOURNALISTEN IM STICH

Jeden Monat wollte die Bundesregierung 1.000 gefährdete Afghanen und Afghaninnen evakuieren. Doch das Programm ist gescheitert. Medienschaffende bleiben verzweifelt zurück.

Nilab erinnert sich an den Tag, der ihr Leben schlagartig verändert hat. Am 15. August 2021 war die afghanische Journalistin in der Redaktion, als die Taliban die Hauptstadt Kabul einnahmen. „Wir alle waren entsetzt und wir wussten, das ist unser Ende.“

Nilab heißt eigentlich anders, aber aus Sicherheitsgründen bleibt sie anonym. Denn in Afghanistan regiert ein Feind der Pressefreiheit: Die Taliban drohen und verfolgen Medienschaffende, nehmen Reporter fest, verdrängen Journalistinnen

aus der Medienlandschaft, zensieren Berichte und durchsuchen Redaktionen.

Ein Hoffnungsschimmer für Afghaninnen und Afghanen war das 2022 gestartete Bundesaufnahmeprogramm (BAP). Jeden Monat wollte die Bundesregierung 1.000 besonders gefährdeten Personen in Deutschland Zuflucht gewähren. Doch das Programm ist gescheitert. Nur ein Bruchteil ist eingereist.

Wir hatten die Fälle von 64 Journalistinnen und Journalisten im BAP eingereicht. Nur sieben von ihnen konnten mit ihren Familien nach Deutschland kommen. Bis Redaktionsschluss warten noch fünf Reporter mit Aufnahmezusage auf die Einreise. Wir setzen uns weiter für sie ein.

Die Bundesregierung hat afghanische Medienschaffende im Stich gelassen. Mit dem Bruch der Regierungskoalition endete das Programm schließlich vorzeitig.

WO UNABHÄNGIGE STIMMEN VERSTUMMEN

Festnahmen und Ausreisesperren: 2024 war eines der repressivsten Jahre in der Geschichte des aserbaidischen Journalismus. Präsident İlham Aliyev zerschlägt die letzten unabhängigen Medien.

Er war gerade von einer Reportage aus dem benachbarten Georgien zurückgekehrt: Anfang Dezember 2024 wurde Ramin Jabrayilzade am Flughafen von Baku festgenommen. Der aserbaidische Journalist sollte an diesem Tag nicht der einzige bleiben. Auch fünf weitere Medienschaffende des Exilnachrichtenportals *Meydan TV* nahm die Polizei fest und steckte sie in Untersuchungshaft.

Mit dem Schlag gegen das reichweitenstarke Medium ging eines der repressivsten Jahre in der Geschichte des aserbaidischen Journalismus zu Ende. Seit Jahresbeginn hatte Präsident İlham Aliyev die letzten unabhängigen Medien mit einer nicht abbreißenden Serie von Festnahmen überzogen. Die Zahl der inhaftierten Medienschaffenden schoss auf den höchsten Stand, seit der Autokrat im Jahr 2003 die Macht übernahm: Mindestens 25 Journalistinnen und Journalisten sitzen derzeit hinter Gittern.

Begonnen hatte Aliyevs Feldzug mit den Festnahmen von sechs Mitarbeitenden der Nachrichtenseite *Abzas Media* zwischen November 2023 und Januar 2024. Unter ihnen war Chefredakteurin **Sevinj Vagifgizi**, die im Jahr 2021 insgesamt vier Monate mit einem Auszeit-Stipendium von RSF in Berlin verbrachte. Während ihres Aufenthaltes wurde bekannt, dass der aserbaidische Geheimdienst sie mit Hilfe der Überwachungssoftware Pegasus abgehört hatte. Vagifgizi und allen anderen festgenommenen Medienschaffenden von *Abzas Media* wird Devisenschmuggel vorgeworfen. Die Anschuldigung nutzt das Regime standardmäßig, um unabhängige Journalistinnen und Journalisten zu diskreditieren.

Als Reaktion auf Aliyevs rigoroses Vorgehen gingen Medien wie *Toplum TV* und *Abzas Media* ins Exil. Dies war jedoch nicht allen möglich: Einige Medienschaffende hinderte das Regime mit Ausreisesperren am Verlassen des Landes. Medien, die bleiben mussten, stellten ihre Arbeit ein – darunter *Turan*, die im Mai 1990 gegründete erste unabhängige Nachrichtenagentur der Sowjetunion. Auch während der aufwendig inszenierten Weltklimakonferenz im November 2024 in Baku ließ die Unterdrückung nicht nach:



Die Redakteurin von *Abzas Media*, Leyla Mustafayeva, bei einer Preisverleihung in Polen, im Hintergrund ihre sechs inhaftierten Kolleginnen und Kollegen, darunter Sevinj Vagifgizi.

Aliyev verweigerte unabhängigen Medien eine Akkreditierung, ließ unliebsame Fragen nach inhaftierten Medienschaffenden nicht zu und unterdrückte Berichte über Proteste gegen die Veranstaltung mit Gewalt.

Um Aserbaidschans bedrängten Medienschaffenden die Arbeit im Exil zu ermöglichen, begleiten wir sie bei den oft aufwendigen Asylverfahren und stehen ihnen bei konkreten aufenthaltsrechtlichen Fragen zur Seite. Über die katastrophalen Arbeitsbedingungen, aktuelle Festnahmen und Repressionen gegen die in Aserbaidschan verbliebenen Journalistinnen und Journalisten informieren wir in zahlreichen Interviews und Pressemitteilungen.

Kurz vor Redaktionsschluss fiel das Urteil im Fall von *Abzas Media*: Sevinj Vagifgizi wurde zu neun Jahren Haft verurteilt, andere Redaktionsmitglieder erhielten Haftstrafen zwischen sieben und neun Jahren. Wir verurteilen diese Entscheidungen.

15 JAHRE NOTHILFE & STIPENDIEN

Neues Nothilfe-Referat entsteht

Eine eigene Anlaufstelle für Medienschaffende in Notsituationen: Im Dezember 2009 kann Reporter ohne Grenzen mit Unterstützung des **“Roland Berger Preises für Menschenwürde”** eine erste Mitarbeiterin für den Bereich Migrationsrecht, Flüchtlingsarbeit und Nothilfe einstellen. In enger Zusammenarbeit mit RSF International reagieren wir auf den steigenden Bedarf an schneller und unkomplizierter Hilfe. **Das neu geschaffene Referat Nothilfe** kann bereits im ersten Jahr seines Bestehens in 70 Fällen Unterstützung leisten – mit Anwaltskosten, medizinischer Hilfe, Unterstützung im Asylverfahren und für die Familien von inhaftierten Journalisten.



2009

Verfolgung im Iran

Ein Jahr nach dem umstrittenen Wahlsieg Mahmud Ahmadinedschads ist die Bilanz der **Repressionen gegen Medienschaffende** dramatisch: Mehr als 200 mussten den Iran aufgrund von Unterdrückung und Verfolgung verlassen. Unter ihnen ist **Maryam Mirza**, die für die allerersten Webseiten iranischer Frauenrechtlerinnen aktiv war. Wir unterstützen Maryam und weitere iranische Blogger mit Beratung bei der Ankunft im Exil, unter anderem bei aufenthaltsrechtlichen Fragen, und setzen uns bei der Bundesregierung für humanitäre Aufnahmen aus Drittländern ein.



2010

Nach dem Erhalt eines Aufenthaltsstatus und dem Erwerb erster Sprachkenntnisse stellt sich für viele geflohene Medienschaffende die Frage, wie sie ihre Tätigkeit in Deutschland wieder aufnehmen können. Unsere **Arbeitsgruppe Journalisten im Exil** ermittelt Bedarfe und organisiert Workshops, um bei der beruflichen Perspektive im Exil zu unterstützen.

„In Deutschland war es fast unmöglich, meine Arbeit fortzusetzen. Hätte RSF nicht eine Exil-Initiative gestartet, wären ich und viele andere Journalisten beruflich und moralisch in der Bedeutungslosigkeit verschwunden.“ **Meera Jamal**, pakistanische Journalistin (2012)

Journalisten im Exil



2012

2018



2013

In repressiven Staaten bleibt vielen kritischen Medienschaffenden oft nur die Flucht ins Ausland. **Emin Milli, aserbaidshanischer Menschenrechtsaktivist und Blogger**, kommt nach 17 Monaten Haft dank internationaler Proteste vorzeitig frei. Im Exil gründet er den Online-Kanal **Meydan TV**, der aus einem Keller in Berlin-Neukölln heraus Programm auf Aserbaidshanisch, Russisch und Englisch sendet.

„Ohne die Unterstützung von RSF wäre Meydan TV nicht zustande gekommen. Mittlerweile werden wir alleine auf YouTube täglich 10.000 Mal angeklickt. Die besten Journalisten und die interessantesten Intellektuellen Aserbaidshans arbeiten jetzt für Meydan TV.“ (2013)

Vom Neuköllner Keller zum erfolgreichen Exilmedium

Mordanschlag auf Journalistin

2015 vergibt RSF gemeinsam mit der taz Panter Stiftung erstmals das **Auszeit-Stipendium** für Journalistinnen und Journalisten aus Kriegs- und Krisenregionen. Aus mehr als 250 Bewerbungen wählen wir die **burundische Journalistin Diane Nininahazwe** aus, deren Berichterstattung während der Präsidentschaftswahlen ins Visier geriet.

„Ich bekam immer mehr Drohungen. Im Juni 2015 wurde ein Mordanschlag auf mich verübt. Ich beschloss, ins Exil zu fliehen. Durch das Stipendium ist mir klar geworden, dass Journalist noch immer der beste Beruf der Welt ist. Es hat mir geholfen, meinen Traum, eine erstklassige Journalistin zu sein, weiterzuleben.“ (2015)

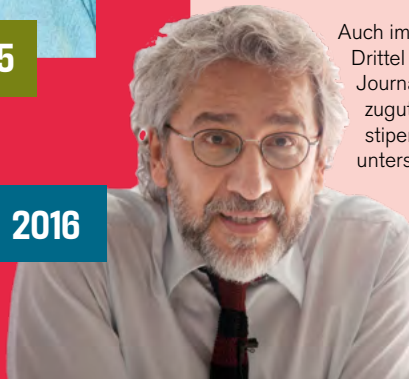


2015

2016 steht die Türkei im Mittelpunkt unserer Nothilfearbeit. **Nach dem Putschversuch müssen viele türkische Medienschaffende ins Exil fliehen.** So auch der ehemalige *Cumhuriyet*-Chefredakteur **Can Dündar**, der nach 3 Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen wird. Wir unterstützen ihn bei der Ausreise nach Deutschland und begleiten die Gründung des zweisprachigen Online-Magazins *Özgürüz*.

Auch im Folgejahr kommt fast ein Drittel unserer Hilfen türkischen Journalistinnen und Journalisten zugute. Unbürokratische Nothilfestipendien leisten Starthilfe und wir unterstützen mit Beantragung der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Das Ziel: weiterarbeiten, ohne ins Asylverfahren gehen zu müssen.

2016



Flucht nach Deutschland

Schutz gegen Überwachung

Weltweit werden Medienschaffende immer stärker überwacht. Das gefährdet ihre eigene Sicherheit und die ihrer Quellen. Wir starten 2018 das **Berliner Stipendienprogramm für digitale Sicherheit***, um

Medienschaffende aus Kriegs- und Krisengebieten zu schulen, als Multiplikatoren weiterzubilden und

ihnen eine Auszeit in Berlin zu ermöglichen.

*„In einem Land, in dem der Staat jeden unter Generalverdacht stellt, vor allem Journalisten mit Verbindungen ins Ausland, gibt es mir viel Sicherheit zu wissen, dass niemand mehr meine Daten stehlen kann.“ **Kennedy Muhindo Wema**, Journalist aus dem Kongo (2018)*



2019

Letzte Hoffnung

„Im Juli 2018 war das oppositionelle Gebiet Daraa in Südsyrien

*kurz davor, an das Assad-Regime zu fallen. Mein Mann und ich sowie unsere Kinder befanden uns bereits seit anderthalb Jahren auf der Flucht. Denn die verschiedenen bewaffneten Truppen in Syrien betrachten Journalisten als Feinde, die angeblich Lügen und Hetze verbreiten. In dieser unglaublich schweren Lage war RSF unsere letzte Hoffnung.“ **Khoulood Badawi**, Journalistin aus Syrien (2019)*

Gemeinsam mit unserer Partnerorganisation, dem Syrischen Zentrum für Medien- und Pressefreiheit, kann RSF 12 oppositionelle Medienschaffende mit ihren Familien nach Deutschland in Sicherheit bringen. Weitere 18 Kolleginnen und Kollegen finden Zuflucht in Frankreich und Spanien. Ein internationaler Kraftakt in einem politischen Klima in Westeuropa, in dem Flüchtlinge aus Syrien nicht mehr willkommen sind.



2021

Nach dem Fall Kabuls erreichen unser Nothilfe-Team mehr als 15.000 Hilfsanfragen aus Afghanistan. **Innerhalb eines Jahres bringen wir gut 150 bedrohte Medienschaffende und ihre Familien in Sicherheit.** Unsere Auswertung zeigt, dass nur 20 Prozent mithilfe der deutschen Regierung das Land verlassen konnten. 72 Prozent waren auf zivilgesellschaftliche Hilfe angewiesen oder flohen eigenständig in Drittländer.

Größte Rettungsaktion unserer Geschichte

* Das Programm wird aus Mitteln der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gefördert. Auch der E-Mail-Anbieter ProtonMail unterstützt das Programm.

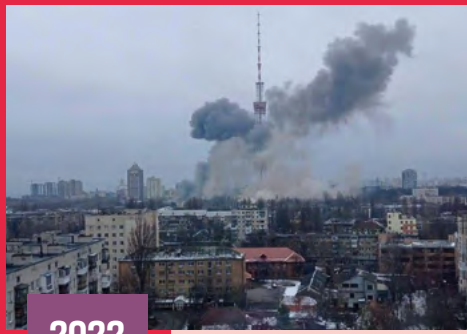
Digitale Sicherheit im Exil

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine werden die rechtlichen Grundlagen für die digitale Überwachung oppositioneller und krenlkritischer Bürgerinnen und Bürger durch den russischen Staat systematisch ausgeweitet. Seit Herbst 2023 veranstalten wir deswegen Schulungsprogramme in **digitaler Sicherheit für russischsprachige Journalisten** im Exil. 119 Medienschaffende konnten bislang an den Trainings teilnehmen.

Diejenigen, die aufgrund der akuten Bedrohung Russland verlassen müssen, unterstützen wir mit der Beantragung von Visa: Das Nothilfe-Team erstellt Vorschlagslisten für die humanitäre Aufnahme in Deutschland. Drei Jahre später haben so dank unserer Hilfe fast 250 von ihnen einen Schutz- und Arbeitsaufenthalt erhalten.



2022



2022

Hilfe für die Ukraine

Im Frühjahr 2022 liefern wir Schutz-

westen und Helme nach Lwiw und Kyjiw. Bereits 2014 hatten wir während der Maidan-Proteste **Schutzausrüstung für ukrainische Reporter und Journalistinnen** organisiert.

Raum für Recherche

2024

„Als ich zunehmend aufgrund meiner Arbeit bedroht wurde, machte mich das sehr traurig. Im Laufe der Zeit habe ich Wege aus der Angst und dem Schweigen gefunden. Mit dem Stipendium in Berlin fand ich die Begleitung und die Werkzeuge, meinen Weg fortzusetzen.“ (2021)

Die **kolumbianische Journalistin Ginna Morelo** kam 2021 im Rahmen unseres **Recherchestipendiums** nach Berlin. Ihr Stipendienprojekt „Entre Rios“ widmet sich der Aufdeckung von Menschenrechtsverbrechen, die paramilitärische Gruppen in der kolumbianischen Karibik verübten. Im Herbst 2024 stellte sie ihr mittlerweile preisgekröntes Projekt mit einer Lesung im Publix vor.



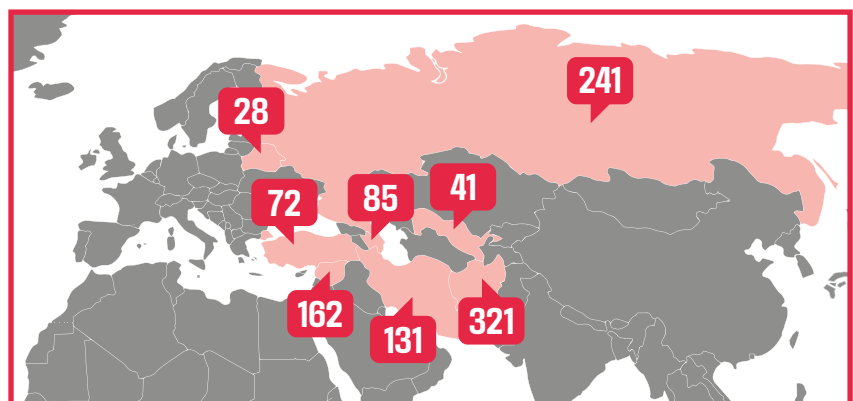
DANKE!



15 Jahre nachdem wir die ersten Nothilfen aus Berlin in die Wege leiteten, ist unsere Arbeit so dringend wie nie. 2024 konnten wir 112 Journalistinnen und Journalisten aus 19 Ländern unterstützen – vor Ort und im Exil. Wir beraten und vertreten sie vor den Behörden, bieten Trainings an und leisten finanzielle Hilfe. Mit dabei sind auch dieses Jahr wieder inspirierende Fellows: Neun Medienschaffende aus ebenso vielen

SEIT 2010 KONNTE DIE DEUTSCHE SEKTION 1.400 MEDIENSCHAFFENDE AUS 75 LÄNDERN UNTERSTÜTZEN.

Top-Länder: Afghanistan (321), Russland (241), Syrien (162), Iran (131), Aserbaidshan (85), Türkei (72), Usbekistan (41), Belarus (28)



Ländern können wir in unseren Stipendienprogrammen begrüßen und sie für ihre weitere Arbeit stärken.

15 JAHRE NOTHILFE – DANK EUCH:

All dies wäre nicht möglich gewesen ohne die tatkräftige Unterstützung unzähliger Spenden. Gleich zu Beginn dieses Jahres zeigte sich erneut, wie sehr wir auf unsere

Mitglieder und Spenderinnen zählen können. Nach der Hiobsbotschaft, dass das Berliner Stipendienprogramm für digitale Sicherheit durch Haushaltskürzungen über die Hälfte seiner Mittel verlieren würde, seid Ihr eingesprungen! Dank Eurer Hilfe können wir nun zwei weitere Fellows zum Programm einladen. Fünf Medienschaffende aus Belarus, Ecuador, Indien, Ruanda und Somalia können so von einem viermonatigen Programm profitieren.

WIE MEDIEN IM EXIL WEITERARBEITEN KÖNNEN

Nach dem Gang ins Exil kämpfen Redaktionen unter anderem mit finanziellen und strukturellen Schwierigkeiten. Ihnen hilft seit drei Jahren der von RSF mitgegründete JX Fund – European Fund for Journalism in Exile. Die Organisation hat bereits mehr als 85 Medien dabei unterstützt, neue Strukturen jenseits des Herkunftslandes aufzubauen.

Ob Afghanistan, Belarus, Syrien oder Russland: Müssen Medien ihre Heimatländer wegen Repressionen verlassen, sind sie auf eine Weiterarbeit im Exil zumeist nicht vorbereitet. Oft ist unklar, wie ein Publikum im Herkunftsland nach der Flucht weiter erreicht werden kann. Es gibt keine Sicherheitspläne für im Land verbliebene Mitarbeitende und es müssen neue Finanzierungsquellen gefunden und erschlossen werden.

Der JX Fund unterstützt Exilmedien beim Aufbau von Redaktionsstrukturen im Exil und befähigt sie zur Fortsetzung ihrer unabhängigen journalistischen Arbeit. Er ergänzt die Arbeit von Reporter ohne Grenzen (RSF) und anderer Organisationen, die hauptsächlich Einzelpersonen unterstützen.

Gegründet wurde der Fund im April 2022 nach dem russischen Großangriff auf die Ukraine. Initiatorinnen waren neben RSF die Schöpflin Stiftung und die Rudolf Augstein Stiftung. Mittlerweile ist der JX Fund eine eigenständige gemeinnützige GmbH und die Initiatorinnen sind deren Gesellschafterinnen.

Der JX Fund ist seitdem zu einer internationalen Institution für Exilmedien und Exiljournalismus geworden, die von transnationalen Organisationen, privaten und öffentlichen Gebern, zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und vor allem auch von den Medien und Medienschaffenden selbst als wichtiger Partner wahrgenommen wird. Er konnte mit 135 Finanzhilfen und 35 Projekten dazu beitragen, dass eine diverse und leistungsfähige Exilmedienlandschaft weiter unabhängig berichten kann. Die Vielfalt journalistischer Stimmen auch im Exil zu bewahren, ist essenziell, um eine dynamische und widerstandsfähige Zivilgesellschaft zu erhalten.

Der JX Fund hat bisher 85 Medien aus Afghanistan, Belarus, Russland und der Ukraine bei ihrem Wiederaufbau im Exil unterstützt – mit Mitarbeitenden in über 25 Ländern. Er untersucht kontinuierlich die Bedarfe der Medien, sammelt und vermittelt die bestehenden Angebote anderer Organisationen und bringt beides zusammen. Im Jahr 2024 legte er darüber hinaus datenbasierte Studien zu den Herausforderungen und der Leistungsfähigkeit afghanischer, belarussischer und russischer Medien vor, die trotz andauernder Repression und Zensur ihre Arbeit im Exil fortsetzen und unabhängig über politische und gesellschaftliche Entwicklungen in ihren Ländern berichten.

Finanziert wird der Fund durch öffentliche und private Mittel. Nach einer Startfinanzierung der Initiatorinnen gesellten sich private Stiftungen und deutsche Medienhäuser zu den Geldgebern. Außerdem erhält er Geld vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM). Auf diese Weise wird eine ausgewogene Mischung aus öffentlichen und privaten Mitteln sichergestellt. Bisher konnte der JX Fund Exilmedien mit circa zehn Millionen Euro finanziell und strukturell unterstützen.



Der JX Fund unterstützt Exilmedien aus Ländern, in denen unabhängiger Journalismus aufgrund von Repressionen, Verfolgung und Zensur nicht mehr möglich ist.

I REPORTER OHNE GRENZEN IN DEN MEDIEN I



RSF-Geschäftsführerin Anja Osterhaus im Morgenmagazin des ZDF.

Ob zur schwierigen Lage von Medienschaffenden in Gaza, zu den Repressionen gegenüber der Presse in Russland oder zu den zunehmenden körperlichen und verbalen Angriffen auf Journalistinnen und Journalisten in Deutschland: 2024 waren wir zu vielen Themen erneut stark präsent in deutschsprachigen Medien. 18.694 Mal wurden wir in Online- und Printmedien, Nachrichtenagenturen, Fernsehen sowie Hörfunk erwähnt, im Schnitt 1.557 Mal pro Monat. Wir verschickten 126 Pressemitteilungen zur Lage der Pressefreiheit in 52 Ländern und 36 Newsletter.



Pressereferentin Katharina Viktoria Weiß spricht im MDR über die Lage der Pressefreiheit in Deutschland.

Social Media

Auf den meisten unserer Social-Media-Kanäle bauten wir unsere Reichweite erneut aus: 2024 erhielt unser Instagram Kanal über 10.000 und der LinkedIn-Account mehr als 1.300 zusätzliche Followerinnen und Follower – ein Zuwachs von 35 Prozent auf Instagram, bei LinkedIn sogar 49. X haben wir kurz nach dem Jahreswechsel 2024/25 verlassen. Seit der Übernahme durch Elon Musk wird die Plattform zunehmend genutzt, um Narrative zu fördern, die mit unseren Werten und der Pressefreiheit unvereinbar sind. Gleichzeitig möchten wir den Diskurs weiter aktiv gestalten, daher sind wir bei Bluesky sehr aktiv, aktuell für uns die beste Alternative zu X. Zusätzlich sind wir auch auf Threads vertreten.



Martin Kaul, geschäftsführender Vorstand bei Reporter ohne Grenzen, bei einem Talk von Journalismus macht Schule.

Webseite

Über vier Millionen Menschen haben 2024 unsere Webseite besucht. Neben Themenberichten, Länderprofilen, Biografien von Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie Pressemitteilungen veröffentlichten wir dort unter anderem auch den Bericht „Journalism in the #MeToo Era“. Der Bericht zeigt, dass Journalistinnen und Journalisten, die zu Diskriminierung von und Gewalt gegen Frauen recherchieren, weltweit bedroht, inhaftiert oder sogar ermordet werden.



Sylvie Ahrens-Urbaneck, Leiterin des Kommunikationsteams, im Interview mit dem japanischen Fernsehsender NHK.

Top-Länder versendete Pressemitteilungen

Deutschland	32
Palästinensische Gebiete	12
USA	9
Israel	7
Iran	5
Russland	5



Der Vergnügungspark Wunderland Kalkar in Nordrhein-Westfalen, im Hintergrund der Kühlturm des Kernkraftwerks. Der Fotograf Ingmar Björn Nolting dokumentiert die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse zum Klimawandel in Deutschland. Eine Auswahl seiner Bilder sind im Fotobuch enthalten.

FOTOS FÜR DIE PRESSEFREIHEIT

Das Fotobuch gehört zur DNA von Reporter ohne Grenzen: Im Frühjahr 1994 erschien zum Tag der Pressefreiheit am 3. Mai das erste Album „100 Fotos für die Pressefreiheit“, mitsamt einem Aufruf zur Gründung von Reporter ohne Grenzen. Heute haben wir das bewährte und mehrfach ausgezeichnete Fotobuch-Konzept etwas überarbeitet und das Erscheinungsdatum verändert. Wir veröffentlichen das Buch von nun an im Herbst, am 15. September, dem Tag der Demokratie.

Der neue Termin kurz vor der Frankfurter Buchmesse und dem Start des Weihnachtsgeschäfts soll das Fotobuch noch bekannter machen. Wir wollen alles dafür tun, dass die „Fotos für die Pressefreiheit“ und die international renommierten Fotografinnen und Fotografen die Sichtbarkeit bekommen, die sie verdienen. Deshalb haben wir beschlossen, den hervorragenden Fotografien mehr Platz einzuräumen, stellen unser Kernprodukt – die Rangliste der Pressefreiheit – stärker in den Fokus und lassen das Buch mit einem Auftaktessay beginnen. Was sich nicht geändert hat, ist das Kernteam um Projektleiterin Barbara Stauss sowie Chefredakteurin und RSF-Vorstandsmitglied Gemma Pörzgen.

Im neuen Band werden sehenswerte Bildstrecken aus Iran, Syrien, USA, Uganda, Argentinien, Deutschland, Russland und China zu sehen sein – von Fotografinnen und Fotografen wie Sameer Al-Doumy, Ingmar Björn Nolting, Sarah Pabst oder Mark Peterson.

Das Buch kann über den RSF-Shop bestellt werden: shop.reporter-ohne-grenzen.de



Blick zurück: Das Titelbild der Fotos für die Pressefreiheit 2024 von Mohammed Salem aus Gaza gewann später die renommierte World-Press-Photo-Auszeichnung als „Foto des Jahres“. Das Fotobuch des Jahres 2023 zeigte einen Ausschnitt der tödlichen Realität des Ukraine-Kriegs.

Fotos für die Pressefreiheit 2025

Reporter ohne Grenzen (Hrsg.)
ca. 100 Seiten, 20 Euro inkl. Versand



reporter-ohne-grenzen.de/fotobuch

| JAHRESABSCHLUSS |

Wir danken:

Stiftung Mercator,
Zeit-Stiftung Ebelin und
Gerda Bucerius, Stiftung
Deutsche Klassenlotterie
Berlin, Deutsche Postcode
Lotterie, The European
Union Temporary
Relocation Platform
(EUTRP)

Einnahmen

Spenden	2.167.460 €
Erbschaften	683.590 €
Mitgliedsbeiträge	418.248 €
Fördermittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	302.296 €
Sonstige Fördermittel/Zweckgebundene Spenden	291.520 €
Fördermittel der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	252.944 €
Einnahmen Buch „Fotos für die Pressefreiheit“	108.571 €
Zinserträge	31.331 €
Einnahmen aus Bußgeldzuweisungen durch Gerichte	29.150 €
Sonstige Einnahmen	22.778 €
Einnahmen aus Verkauf von Produkten und Dienstleistungen	20.144 €
Summe	4.328.033 €

Ausgaben

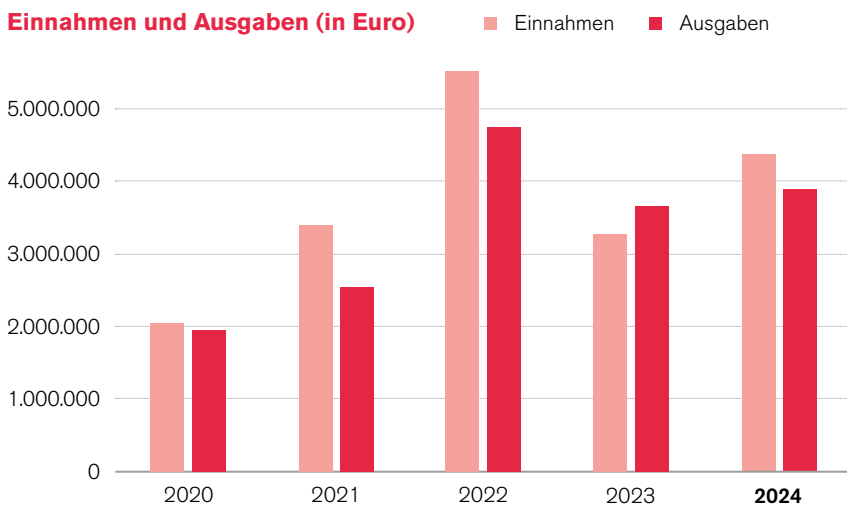
Personalkosten	2.128.718 €
Dienstleistungen (Pressemonitoring, Datenschutz, Übersetzungen, Beratungskosten)	413.077 €
Raumkosten	198.905 €
Auszahlung an Partnerorganisationen Defending-Voices-Projekte	192.478 €
Stipendien, Notfallhilfe, Mieten u. Ausstattung für Medienschaffende	122.108 €
Honorare freie Mitarbeit	106.036 €
Abschreibungen	89.777 €
Softwarelizenzen	84.056 €
Wartungskosten für Hard- und Software	73.413 €
Produktions- und Vertriebskosten Buch „Fotos für die Pressefreiheit“	65.543 €
Buchführung, Steuererklärung, Wirtschaftsprüfung	56.009 €
Werbeanzeigen, Kampagnenzubehör, Repräsentationskosten	42.058 €
Reisekosten RSF-Team und Vorstand	41.639 €
Druck, Layout, Künstlersozialkasse	41.618 €
Aufwendungen für Vorjahre	37.711 €
Kosten Verwaltung Erbschaften	33.046 €
Reisekosten Freie Mitarbeitende, Stipendiat*innen, Gäste	31.929 €
Telefon und Internet	31.038 €
Bewirtungskosten RSF-Team und Gäste	27.119 €
Anlagenabgänge Sachanlagen	26.694 €
Fortbildungskosten	13.777 €
Versicherungen und Beiträge	13.130 €
Büromaterial, Zeitschriften, Bücher, Büroausstattung, Hardware	12.156 €
Nebenkosten des Geldverkehrs	11.725 €
Porto und Kurierdienstleistungen	9.174 €
Sonstige Kosten	9.112 €
Summe	3.912.046 €

Einstellungen in Gewinnrücklagen (Erbschaftseinnahmen) -240.490 €

Bilanzgewinn 175.496 €

Bilanz – Aktiva		Bilanz – Passiva	
A. Anlagevermögen	324.143 €	A. Eigenkapital	2.533.286 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		I. Vereinskaptal	819.710 €
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte		II. Gewinnrücklagen	1.538.080 €
und Werte	171.096 €	III. Bilanzgewinn	175.496 €
Geleistete Anzahlungen	113.237 €	B. Rückstellungen	117.733 €
II. Sachanlagen		Steuerrückstellungen	3.339 €
Technische Anlagen und Maschinen	11.478 €	Sonstige Rückstellungen	114.394 €
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.478 €	C. Verbindlichkeiten	286.036 €
III. Finanzanlagen		Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.865 €
Beteiligungen	8.334 €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.685 €
Sonstige Ausleihungen	520 €	Verbindlichkeiten aus Zuwendungen und Zuschüssen	234.142 €
B. Umlaufvermögen	2.601.123 €	Sonstige Verbindlichkeiten	20.344 €
I. Vorräte		Summe Passiva	2.937.055 €
Fertige Erzeugnisse und Waren	18.673 €		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.740 €		
Forderungen aus Mitgliedsbeiträgen	18.437 €		
Sonstige Vermögensgegenstände	45.516 €		
III. Wertpapiere			
sonstige Wertpapiere	240.492 €		
IV. Kassenbestand, Guthaben b. Kreditinstituten,			
Postgiro	2.273.265 €		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11.789 €		
Summe Aktiva	2.937.055 €		

Einnahmen und Ausgaben (in Euro)



Der Jahresabschluss – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 – wurde im April 2025 von der Martina Schmidt-Wirtschaftsprüfung GmbH geprüft. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt.



Reporter ohne Grenzen ist vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) auf den transparenten, sparsamen und vertrauenswürdigen Umgang mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen geprüft worden. Seit 2013 tragen wir das DZI Spenden-Siegel. Das DZI vergibt das Spenden-Siegel jährlich und bestätigt uns damit die satzungsgemäße, sparsame sowie wirksame Mittelverwendung unter Beachtung der steuerrechtlichen Vorschriften.

Transparenz hat für uns einen hohen Stellenwert: Wir sind deshalb Unterzeichner der Selbstverpflichtung zur Transparenz der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.



I WOHER KOMMT DAS GELD FÜR UNSERE ARBEIT? I



Dr. Maik Thieme, kaufmännischer Geschäftsführer bei Reporter ohne Grenzen, erläutert die finanzielle Lage.

Dr. Maik Thieme: Unsere Arbeit wurde im Jahr 2024 zur Hälfte aus Spendeneinnahmen finanziert. Den Großteil davon machten Spenden von Einzelpersonen aus; aber auch Organisationen wie beispielsweise Verlagshäuser unterstützten unsere Arbeit. Unsere 3.200 Mitglieder tragen mit der Zahlung ihres Mitgliedsbeitrages ebenfalls zur Finanzierung bei und unterstützen damit täglich unseren Einsatz für die Pressefreiheit. Diese große Gemeinschaft stärkt und trägt uns. Einen außergewöhnlich hohen Anteil machten im letzten Jahr Zuwendungen aus Erbschaften und Nachlässen sowie aus Stiftungen, Zustiftungen und privaten Förderungen aus.

Weiterhin erhielten wir Fördermittel vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für unser *Defending Voices Program*, das wir gemeinsam mit Partnerorganisationen in Brasilien, Mexiko und Syrien umsetzen. Die Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe unterstützte unser Stipendienprogramm zur Stärkung von Journalistinnen und Journalisten im digitalen Raum.

Wir danken unseren Spenderinnen und Spendern, Mitgliedern, Förderinnen, Zustiftern und Nachlassgeberinnen ganz herzlich für ihre Unterstützung!

Wie hat sich 2024 die Situation im Spendenmarkt entwickelt?

Die Spendenbereitschaft der Bevölkerung in Deutschland ist weiterhin hoch, die Spendensumme ist im Vergleich zum Vorjahr allerdings leicht gesunken.

Bei Reporter ohne Grenzen konnten wir im Gegensatz dazu einen leichten Zuwachs der Spenden feststellen. Das freut uns sehr. Damit konnten wir uns auch 2024 für die Pressefreiheit weltweit einsetzen und bedrohte Journalistinnen und Journalisten im Ausland und im Exil unterstützen.

Was erwartet RSF für 2025?

Wir gehen von einem geringen Wachstum bei Spenden und Mitgliederzahlen aus. Diese Einnahmequellen sind uns besonders wichtig, weil sie unsere große Unabhängigkeit und die Unterstützung für die Mission der Organisation ausdrücken.

Vergütung

Reporter ohne Grenzen sieht folgende Gehaltsbandbreiten (Jahresbrutto bei Vollzeitanstellung, 38,5 Stunden pro Woche) vor:

- Teamleitungen: von 53.300 bis 58.500 Euro
- Referentinnen und Referenten: von 42.900 bis 48.100 Euro
- Assistenz: von 33.800 bis 39.000 Euro
- Werkstudierende erhalten 14.703 Euro (Jahresbrutto) bei 20 Stunden pro Woche
- Die Gesamtvergütung der Geschäftsführung betrug im Jahr 2024 insgesamt 159.341,67 Euro brutto.

Die einzelnen Gehälter werden aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht. Mitglieder des Vorstands sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten lediglich auf Antrag die Erstattung angefallener Kosten.

| VEREIN UND GESCHÄFTSSTELLE |

(Stand Juni 2025)

Das aktuelle Team



Von links oben: Natalie Carl (Junior-Referentin Fundraising) | Nube Álvarez Sagahon (Referentin Advocacy) | Anja Osterhaus (Geschäftsführerin Politik & Strategie) | Helen Deacon (Projektkoordination „Defending Voices Program“) | Melissa Arnecke (Referentin Personal) | Katja Heinemann (Teamleitung Nothilfe & Stipendien) | Noura Chalati (Referentin Advocacy) | Birger Schütz (Referent Presse) | Prisca Martaguet (Referer (Assistenz Finanzen) | Janik Klein (Referent Öffentlichkeitsarbeit) | Tilman Besendorf (IT-Sicherheitsexperte) | Stipendienprogramm) | Daniela Dibelius (Teamleitung Fundraising) | Max Kästner (Referent Fundraising) | Viktor Schlüter (Projektleitung Digital Security Lab) | Helene Hahn (Referentin Advocacy/Internetfreiheit) | Emma Lindner (Werkstudentin Fundraising) | Mirjam Weißkopf (Teamassistentin) | Nicola Bier (Referentin Recht) | Felipe Mendoza Salcedo (Referent Stipendien) | Nick Jüngling (Werkstudent Nothilfe & Stipendien) | Ali Çelikkan (Referent Nothilfe & Stipendien) | Anne Renzenbrink (Referentin Presse) | Stephanie Huber-Nagel (Referentin Nothilfe & Stipendien) | Daria Dudley (Referentin Nothilfe) | Ihab Fattouh (Assistenz Technical Support) | Sylvia Just (Referentin Finanzen) | Maik Thieme (Kaufmännischer Geschäftsführer) | Christopher Resch (Referent Presse) | Sylvie Ahrens-Urbaneck (Teamleitung Kommunikation) | Sibylle Looock (FSJ Pressearbeit)

Nicht auf dem Bild:

Alice Alhaddad (Assistenz Finanzen) | Janik Besendorf (IT-Sicherheits-experte) | Luise D. (Werkstudentin Recherche) | Elina Harms (Werkstudentin Öffentlichkeitsarbeit) | Frida Ketterer (FSJ Öffentlichkeitsarbeit) | Lisa Kretschmer (Teamleitung Advocacy) | Fabio Niewelt (Assistenz Kommunikation) | Jeanne Olivares (Assistenz Personal) | Maximilian Paß (Werkstudent IT-Sicherheit) | Maren Pfalzgraf (Referentin Presse) | Franziska Schmidt (Referentin Nothilfe & Stipendien) | Tobias Thaden (Unterstützung Webseite) | Janosch Trundt (Rechtsreferendar) | Nora Wächter (Assistenz Mitglieder- & Spendenservice) | Katharina Viktoria Weiß (Referentin Presse)

Ausgeschlossene MitarbeiterInnen und Mitarbeiter

(Juli 2024 bis Juni 2025)

Wir danken ganz herzlich: Leonie Ammar | Bianka Bielecke | Ilja Braun | Emily Buhlig | Lily Coen | Hannah Eger | Elisabeth Fricker | Manuela Grimm | Pauline Hart | Lena Herzog | Luis Klein | Clarissa Kleiner | Nadja Kockrow | Anna-Maria Müller | Michael Rapp | Matilda Tucker | Sophie von Waitz | Veronika Weiß | Monawer Ziarnal

Vereinsämter (ehrenamtlich)

Der Vereinsvorstand



Von links: Dr. Michael Rediske | Katja Gloger (geschäftsführender Vorstand) | Matthias Spielkamp | Gemma Pörzgen | Martin Kaul (geschäftsführender Vorstand)

Das Kuratorium

Pinar Atalay | Peter-Matthias Gaede | Giovanni di Lorenzo | Lorenz Maroldt | Georg Mascolo | Bascha Mika | Jan-Eric Peters | Jörg Quoos | Niddal Salah-Eldin | Bettina Schausten | Eva Schulz | Prof. Dr. Karola Wille | Ulrike Winkelmann

Mitgliederausschuss

Ulrike Gruska | Peter Korneffel | Daniel Moßbrucker | Michael Rediske (Vorstandsmitglied) | Annette Rogalla

Kassenprüferinnen

Manuela Römer | Karin Wenk

RSF zählt (Stand 31.12.2024)

- **3.199** Mitglieder, davon
- **1.789** Fördermitglieder und
- **1.410** ordentliche Mitglieder

2024 begrüßten wir

- **188** neue Vereinsmitglieder, davon
- **135** Fördermitglieder und
- **53** ordentliche Mitglieder

WIR TRAUERN 2024 UM

BANGLADESCH: 18. Juli **Md Shakil Hossain**, Journalist | 18. Juli **Mehedi Hasan**, Journalist | 19. Juli **Tahir Zaman Priyo**, Videojournalist | 19. Juli **Abu Taher Md Turab**, Journalist | 4. August **Pradip Kumar Bhowmik**, Journalist | HAITI: 24. Dezember **Jimmy Jean**, Journalist | 24. Dezember **Markenzy Nathoux**, Journalist | HONDURAS: 28. Januar **Luis Alonso Teruel**, Moderator und Kolumnist | INDONESIEN: 27. Juni **Rico Sempurna Pasaribu**, Journalist | IRAQ: 11. Juli **Murad Mirza**, Journalist | JEMEN: 7. Dezember **Mohammed Al-Muqri**, Journalist | KAMBODSCHA: 7. Dezember **Chhoeung Chheng**, Journalist | KOLUMBIEN: 24. Januar **Mardonio Mejia Mendoza**, Herausgeber und Journalist | 14. April **Jaime Vásquez**, Investigativjournalist und Blogger | 26. Juli **Jorge Méndez Pardo**, Redakteur und Webredakteur | LIBANON: 25. Oktober **Mohammed Reda**, Kameramann | 25. Oktober **Ghassan Nadschar**, Kameramann | MEXIKO: 26. April **Roberto Carlos Figueroa**, Journalist und Webredakteur | 10. Juni **Victor Manuel Jiménez Campos**, Journalist | 28. Juni **Victor Alfonso Culebro Morales**, Redakteur und Webredakteur | 4. August **Alejandro Alfredo Martínez Noguez**, Herausgeber und Journalist | 29. Oktober **Mauricio Cruz Solís**, Chefredakteur | MYANMAR: 31. Januar **Myat Thu Tun**, Journalist | 21. August **Win Htut Oo**, Journalist | 21. August **Htet Myat Thu**, Journalist | NEPAL: 11. November **Suresh Bhool**, Journalist | PAKISTAN: 3. Mai **Muhammad Mengal**, Journalist | 15. Mai **Ashfaq Hussain Sial**, Journalist | 21. Mai **Kamran Dawar**, Journalist | 24. Mai **Nasrullah Gadani**, Journalist | 4. Juni **Saad Ahmed**, Blogger | 18. Juni **Khalil Jibran**, Journalist | 26. August **Muhammad Bachal Ghuniyo**, Journalist | PALÄSTINENSISCHE GEBIETE: 7. Januar **Hamza al-Dahdouh**, Journalist | 7. Januar **Mustafa Thuraya**, Journalist | 10. Januar **Ahmed Badir**, Journalist | 14. Januar **Yazan Imad al-Zuwaidi**, Kameramann | 11. Februar **Yasser Mamduh**, Journalist | 26. April **Ibrahim Mohammed al-Gharbawi**, Fotojournalist | 26. April **Ayman Mohammed al-Gharbawi**, Fotojournalist | 6. Mai **Mustafa Ayyad**, Fotojournalist | 31. Mai **Ola al-Dahdouh**, Radiomoderatorin | 1. Juli **Mohammed Mahmud Abu Scharia**, Journalist | 31. Juli **Ismail al-Ghoul**, Journalist | 31. Juli **Rami al-Rifi**, Kameramann | 6. August **Mohammed Issa Abu Saada**, Fotojournalist | 18. August **Ibrahim Muhareb**, Fotojournalist | 26. August **Ali Taimeh**, Journalist | 6. Oktober **Hamad Hassan**, Journalist | 13. Dezember **Schadi al-Salfiti**, Fotojournalist | 14. Dezember **Mohammed Baluscha**, Journalist | 15. Dezember **Ahmed al-Luh**, Journalist | RUSSLAND: 19. September **Viktorija Roschtschyna**, ukrainische Journalistin | SUDAN: 12. Januar **Ahmed Arabi**, Journalist | 2. März **Chaled Balel**, Medienmitarbeiter | 4. Juni **Muawiya Abdel Razek**, Journalist | 29. Juni **Ibrahim Abdullah**, Redakteur | 3. September **Hatem Mamun**, Fotojournalist | 4. November **Sami Abd al-Hafis**, Medienmitarbeiter | 31. Dezember **Hischam al-Chatmi**, Medientechniker | 31. Dezember **Montassar Ali**, Medientechniker | SYRIEN: 29. November **Mustafa al-Husseini**, Fotojournalist | 30. November **Mustafa al-Kurdi**, Fotojournalist | 4. Dezember **Anas Alkharboutli**, Fotojournalist | TSCHAD: 1. März **Idriss Yaya**, Moderator | TURKMENISTAN: 13. August **Hudaiberdy Allashov**, Ex-Journalist | UKRAINE: 2. Juli **Aydos Sadykov**, kasachischer Journalist | 24. August **Ryan Evans**, journalistischer Sicherheitsberater

Für diese Medienschaffenden konnte Reporter ohne Grenzen mit hinreichender Sicherheit feststellen, dass sie im Zusammenhang mit ihrer journalistischen Arbeit getötet wurden. Vor allem in Gaza recherchiert RSF zu Dutzenden weiteren Fällen.

Ihre Spende für die Pressefreiheit: spenden.reporter-ohne-grenzen.de



I IMPRESSUM I

Herausgeber: **Reporter ohne Grenzen e. V.**

c/o Publix, Hermannstr. 90, 12051 Berlin

Fon: +49 30 60989 5330

Fax: +49 30 60989 5339

kontakt@reporter-ohne-grenzen.de

www.reporter-ohne-grenzen.de

Verantwortlich: Anja Osterhaus, Maik Thieme
(Geschäftsführung)

Konzeption: Sylvie Ahrens-Urbaneck, Prisca Martaguet,
Maren Pfalzgraf

Koordination und Textredaktion: Sibylle Looock,
Maren Pfalzgraf

Texte: Sylvie Ahrens-Urbaneck, Helene Hahn,
Katja Heinemann, Max Kästner, Sibylle Looock,
Anja Osterhaus, Maren Pfalzgraf, Michael Rediske,
Anne Renzenbrink, Christopher Resch, Birger Schütz,
Maik Thieme, Katharina Viktoria Weiß
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Druck: Penguin Druck GmbH – Der Umwelt zuliebe
lässt Reporter ohne Grenzen seinen Jahresbericht auf
Recyclingpapier drucken.



Titelbild: Das RSF-Team fordert, palästinensische
Medienschaffende zu schützen.

Bildquellennachweis (Alphabetisch):

Roland Berger Stiftung, 20.1; ALEX Berlin, 24.2; Khaled
Drareni, 10.1; Jannis Große, 7.1; Dietmar Gust, 3.2, 30;
Innocean / RSF: 16.4; Nick Jaussi, 20.3; Laif / Andrew
Quilty, 18.2; Stella Männer, 8.2; MDR, 24.3; Maryam Mirza,
20.2; NHK, 24.4; Diane Nininahazwe, 21.1; Ingmar Björn
Nolting, 25.1; Martin San Diego, 22.4; Franziska Senkel,
21.2; Boris Trenkel, 17.3; Rodrigo Villazú, 22.3; Clayton
Weimers, 10.2; Stefan Wieland, 5.3, 23; ZDF, 24.1;

picture alliance: abaca | ABACA, 22.1; Anadolu / Abed
Zagout, 5.1, 12; Anadolu / Ahmed Al-Arini, 13; Anadolu /
Emin Sansar, 18; ASSOCIATED PRESS / Mstyslav
Chernov, 2.1; ASSOCIATED PRESS | @WikiLeaks, 4.3;
CTK | Michaela Rihova, 19; dpa | Michael Kappeler, 4.2,
9.1; dpa dpa-Pool | Sören Stache, 7.2; Sipa USA | Jonathan
Raa, 4.4; ZUMAPRESS.com | Abe Mcnatt/White House,
3.1; ZUMAPRESS.com White House Handout White
House, 4.1, 6;

RSF: Cover, 5.4, 10.3, 11, 17.2, 20.4, 21.3, 21.4, 21.5, 25.2;
Jule Halsinger, 8.1, 16.2, 16.6, 17.5, 17.7; Katja Heinemann,
16.1, Frida Ketterer, 17.1; Prisca Martaguet, 5.5, 16.5, 17.6;
Jeanne Olivares, 16.3; Anke Phoebe Peters, 5.2, 9.2, 28, 29;
Frederike van der Stræten, 17.4.

KEINE FREIHEIT

OHNE PRESSEFREIHEIT

Ihr Beitrag für die Pressefreiheit und Demokratie.

SPENDEN SIE JETZT:

reporter-ohne-grenzen.de/spenden



REPORTER
OHNE GRENZEN